

Correspondent.

Bezugspreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Ausreiter in der Stadt und auf dem Lande außerdem monatlich; durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags. — Sonderdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit beifolgender Quittungsmenge gestattet. — Für Rückgabe unangelegener Einlieferungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essig, illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeitspaltel oder deren Raum für Merseburg und näherer Umgegend 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtige pro Zeile 20 Pf., im Restamt 40 Pf., bei komplizierter Satz entfallender Anschlag. Gebiete für Extrablätter nach Uebereinkunft. Für Anzeigen und Offertentnahme besondere Berechnung, nach auswärtig mit Vorkaufsschlag. Erfüllungsort Merseburg. Post-Anzahlung für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher. Feinere Anzeigen bis höchstens 3 Uhr. Sonntagsanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 41.

Freitag den 18. Februar 1910.

36. Jahrg.

„Tradition“.

Das Schlagwort des Stillstandes.

In den letzten Reichstagsdebatten über den Militär-Etat spielte die „Tradition“, eines der beliebtesten Schlagworte, wieder eine außerordentlich große Rolle. Auch bei dem Begriff „Tradition“ stehen sich, wie bei so vielen Dingen in menschlichen Leben, zwei Richtungen einander gegenüber. Die eine hält die Tradition hoch und heilig, findet in ihr eine Grundlage des Heeres und seiner Erfolge und Siege, die andere verwirft sie vollkommen und betrachtet sie nur als ein Hemmnis einer gesunden, vernunftgemäßen Entwicklung, als eine Mauer überlebter alter Formen und Anschauungen, die sich dem Einbringen moderner Ansichten entgegenstellt und deshalb je eher, je besser überwunden werden müßte. Es geht mit dem Worte Tradition, wie mit so vielen Schlagworten, die man ihrer Stärke wegen gern gebraucht, daß sie leicht mißverständlich sind, daß jeder etwas anderes darunter versteht und daß sie bei weitem nicht das ausgedehnte Gebiet, auf das sie angewendet werden, vollkommen decken.

Kein Heer, kein Staat, keine Familie kann ohne eine gewisse Tradition bestehen. Im großen und kleinen Rahmen vereinen sich Anschauungen, Sitten und Gebräuche. Man kann sie nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen und beseitigen. Jede Entwicklung muß an das Bestehende anknüpfen, und auf dem Gegebenen weiterbauen. Nur nach großen Katastrophen, wie wir es in Preußen 1806/07 und in Frankreich 1870/71 erlebt haben, ist es möglich, das ganze Heer und Staatswesen auf durchaus neuem Boden aufzubauen. Soweit also die Tradition darin besteht, daß bewährte alte Grundsätze und Anschauungen, Einrichtungen und Erfahrungen so lange beibehalten werden, als sie zweckmäßig und zeitgemäß sind, kann man sie als berechtigt bezeichnen. Aber auch nur so lange!

Etwas anderes ist es aber, wenn die vielzitierte Tradition dazu benutzt wird, um Mißbräuche zu decken und vernünftige Reformen zu verhindern. Und die Gefahr liegt nahe, daß ein und für sich richtiges Bestreben und gutes Wort dann in falscher Weise ausgenutzt wird. Offenfundige Fehler, falsche Ansichten, veraltete Anschauungen lassen sich nie mit einer Tradition begründen und entschuldigen. Geschieht es dennoch, so muß in schärfster Weise dagegen eingeschritten werden. Wir wollen nicht blindlings das Bestehende einreihen, aus Lust am Festhalten, sondern wollen nur einem gesunden Fortschritt Tür und Tor öffnen. Wenn einem derartigen Beginn allerding dann einfach, ohne jede weitere Begründung nur das geheiligte Wort der Tradition entgegengehalten und verlangt wird, daß sich dann alles andächtig verbeugt, so weicht dies gerade den lebhaftesten Widerspruch. Im Heere sind vielfach Mißbräuche und veraltete Einrichtungen vorhanden, die in früheren Zeiten vielleicht zweckmäßig und wichtig waren, die aber den moderneren Anschauungen nicht mehr entsprechen. Diese können auch durch keine Tradition mehr aufrecht erhalten werden. Dazu gehört, um nur einiges anzuführen, der Duell-Ansatz, die abligen Offizierkorps gewisser Regimenter, die noch immer vorhandene Paradeausbildung u. a. m.

Wohin die falsche und übermäßige Betonung der Tradition und die Mißperrung gegen alle zeitgemäßen und neuen Einrichtungen führt, haben die Ereignisse der Jahre 1806/07 gezeigt. Gewiß war die alte preussische Armee vortrefflich in ihrer Art, aber sie war ganz auf den Anschauungen der ritterzeitlichen Zeit stehen geblieben und hatte sich ablehnend gegen alle Neuerungen verhalten, die von dem revolutionären Frankreich kamen, wo teils aus Not, teils aus Überzeugung mit der Tradition gründlich gebrochen war. Die Quittung darüber wurde auf den Schlachtfeldern an der Saale ausgeleitet.

Wenn wir die Entwicklung unseres Heerwesens in den letzten Jahrzehnten übersehen, muß man eingestehen, daß es sich im allgemeinen auf der Bahn eines gesunden Fortschrittes befindet. Nicht zum

wenigsten hat die liberale Presse und die Vertreter der liberalen Parteien im Reichstag zu diesem guten Ergebnis beigetragen. Aber diese dürfen in ihrem Bestreben und Arbeiten nicht nachlassen, damit die weitere Entwicklung sich ebenfalls in gesunden Bahnen bewege und die noch vorhandenen Mißstände beseitigt werden. Dazu ist es aber notwendig, daß der Wert und die Bedeutung der Tradition im Heere richtig gewürdigt wird und daß dem Verstand, mit diesem Worte die Befestigung vorhandener Mißstände zu verhindern, stets rechtzeitig entgegengetreten werde.

Zur Wahlrechtsvorlage.

Der freisinnige Wahlrechtsauschuß hat an die Vereine der linksliberalen Parteien Preußens ein Schreiben gerichtet, unterzeichnet von den beiden Fraktionsvorsitzenden Dr. Wiemer und Dr. Bachmike, worin es heißt: „Die preussische Wahlreform ist in ein neues Stadium eingetreten. Die Vorlage der Regierung bringt zwar die Vereinfachung der lästigen indirekten Wahl, sie enthält aber nicht die geheime Wahl und verschleiert durch Schaffung neuer Privilegien das preussische Wahlrecht noch weiter zu ungunsten des Mittelstandes und der arbeitenden Bevölkerung. Dieser Vorlage gegenüber muß ein Sturm der Entrüstung durch das ganze Land gehen! Wir bitten unsere Vereine, in Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen gegen die Wahlrechtsvorlage und für die Einführung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen. Material für die Versammlungen liefern die Druckschriften des Wahlrechtsauschusses; eine in den nächsten Tagen erscheinende neue Broschüre wird auch die Wahlrechtsvorlage und eine Kritik derselben enthalten.“ — Diese Aufforderung wird auf fruchtbaren Boden fallen. Schon jetzt ist der Wunsch aus freisinnigen Kreisen nach Reden und Aufklärungschriften außerordentlich groß.

Der freisinnige Landtagsabg. Delius-Halle, der in seinem hütenerischen Beruf bekanntlich Postbeamter ist, spricht sich auch in der „Saale-Ztg.“ energisch gegen die in der Wahlrechtsvorlage enthaltene Privilegierung der Beamten aus. Mit Recht sagt er, die Beamten sollten sich bei dieser Einschätzung klar werden lassen, daß ihr Ansehen dadurch in keiner Weise gehoben wird; „Ansehen und Achtung bei seinen Mitbürgern kann man nur erwerben, wenn man im Besitze der nötigen Charaktereigenschaften durch seine Tätigkeit zeigt, daß man das notwendige Maß von Bildung, ganz gleich, wie und wo daselbe erworben ist, und gereifte Lebenserfahrung besitzt. Diese letztere Eigenschaft insbesondere kann nicht durch irgend einen Vorentscheidungschein erworben werden, sie wird nur erlangt in der Schule des Lebens. Und da sollte man meinen, müßte sie in den sogenannten freien Berufen mindestens ebenso häufig anzutreffen sein.“

Deshalb ist es für mich ganz klar, daß auch die anderen Parteien dieses sogenannte Bildungsprivileg ablehnen werden. Die Beamtenchaft kann sich nur gratulieren, wenn dieser neue Stein des Anstoßes möglichst schnell beseitigt wird. Das so dringend notwendige gute Einvernehmen zwischen Festbesoldeten und freien Erwerbstätigen kann dadurch nur gewinnen. Das Privileg würde eine neue künstliche Schranke sehr zum Schaden unseres Vaterlandes aufrichten.“

Im Interesse des gewerblichen Mittelstandes verlangt Delius alsdann die geheime Wahl: „Man braucht nur die Wählerlisten bei einer öffentlichen Wahl durchzugehen und wird finden, daß der Prozentsatz der Nichtwähler gerade unter den Geschäftslenten besonders groß ist. Und doch leuchtet diese traurige Tatsache ohne weiteres ein. Man braucht sich ja nur der Berliner Landtagswahlen zu erinnern mit dem von sozialdemokratischer Seite ausgeübten Terror. Hier zeigte sich der Terrorismus von unten, während wir in zahlreichen anderen Fällen ihn von oben haben. Es wird deshalb kein Mensch einem

Geschäftsmanne verargen können wenn er seine wirtschaftliche Existenz nicht leichtfertiger als Spiel setzt. Ich behaupte: das öffentliche Abstimmungsverfahren hält viele Kreise des staatserbaltenden Mittelstandes von der Wahlurne und damit vom politischen Leben fern. Ein solcher Zustand kann unmöglich im wohlverstandenen Staatsinteresse liegen.“

Abg. Delius betont schließlich, daß es die Aufgabe der Freisinnigen sein werde, den gewerblichen Mittelstand dieserje Position zu sichern, die er nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung und nach seiner gesellschaftlichen Stellung unbedingt beanspruchen darf. „Jetzt bietet sich für alle Freunde des Mittelstandes es, auch für diejenigen, welche sich sonst immer als patenter Freunde desselben betrachten, Gelegenheit, zu zeigen, ob hinter den hochtönenden Worten auch die Taten stehen.“

Der Hanja-Bund ist als wirtschaftliche Vereinigung und gemäß seiner Zusammensetzung aus Mitgliedern der verschiedensten politischen Parteien zu einer Äußerung über die Wahlreform nur so weit berechtigt und verpflichtet, als es sich dabei um die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie und um wirtschaftliche Fragen handelt. Er erklärt daher folgende Kundgebung: „Die Vorlage der Staatsregierung verliert in wesentlichen Punkten gegen die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, obwohl sie mehr als zwei Drittel der Staatslasten trägt. Der Hanja-Bund fordert: Die Einteilung der Wahlbezirke, die bisher in erster Linie auf die landwirtschaftlichen Interessen zugeschnitten war, hat und zwar in völlig gleichem Umfang, auch den kaufmännischen und gewerblichen Interessen Rechnung zu tragen. Erforderlichenfalls ist die Zahl der Abgeordneten zu vermehren. Die neu geschaffenen Siege sind denjenigen Wahlkreisen zu zuweisen, in denen Handel, Gewerbe und Industrie besonders hervortreten. Die in den §§ 8, 9 und 10 des Entwurfs geschaffene einseitige und willkürliche Unterscheidung der Wähler widerspricht den modernen wirtschaftlichen Anschauungen. Im Gegenfalle zu den Bestimmungen des Entwurfs sind auch die gewerblichen, industriellen und kaufmännischen Kreise, unabhängig von der Steuerleistung, zu berücksichtigen. Dies hat sich vor allem auf Mitglieder von Handels-, Handwerker- und Gewerkekammern, auf selbständige Handwerker, die die Meisterprüfung bestanden haben und auf Angestellte, die eine höhere oder mittlere Handelsschule oder technische Schulen besucht haben, zu erstrecken.“

Was für Legenden die Wählerführer ihren gläubigen Anhängern aufzuspinnen wagen, davon legt eine Rede des Abg. Dr. Bach in der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte für die Provinz Hannover, die am Sonntag in Hannover stattfand, erneut Zeugnis ab. Dr. Bach band da seinen Zuhörern auf, die Wahlkreiseinteilung sei „organisch erwachsen, wie der preussische Staat sich aus Grafschaften, Bistümern usw. zusammensetzte“. In Wirklichkeit ist die heute geltende Wahlkreiseinteilung einfach so zustande gekommen, daß man bei der Bildung der Wahlkreise die Volkszählung von 1858 zugrunde legte. Allerdings unter möglicher Berücksichtigung der politischen Einteilung der preussischen Monarchie; aber diese mögliche Berücksichtigung kann man ruhig gelten lassen. Eine „organische“ Fortentwicklung wird jedoch nur dadurch gesichert, daß man von Zeit zu Zeit, bei Änderung der Bevölkerungsverhältnisse entsprechend, auf Grund der neuen Volkzählungsergebnisse auch die Wahlkreise wieder neu einteilt. Der jetzige Zustand ist durchaus unorganisch.

Die Beamteneinigung in Magdeburg nahm in einem bemerkenswerten Beschluß scharf Stellung gegen die preussische Wahlrechtsvorlage. Allgemein war man der Ansicht, daß auch die,

fragt mit Recht: „Was den Konservativen hier aus ihren eigenen Reihen zum Vorwurf gemacht wird: einseitige agrarische Interessenpolitik, Beträumelung des Blochs, Abhängigkeit vom Bunde der Landwirte, das ist genau das Besondere, was ihnen von den Liberalen vorgehalten wird und was sie diesen gegenüber als „Verheugung“ hingeworfen haben. Wollen sie vielleicht auch ihre konservativen Parteifreunde in Ansehung, die sich gegen die abwegige konservative Parteipolitik auszeichnen, als „Hege“ bezeichnen?“

— (Ein neues Zeugniszwangsverfahren gegen einen Redakteur) Nach der „Frankf. Zeitung“ verhängte der Untersuchungsrichter des Disziplinarlammer Nürnberg für nichtrichtliches Verhalten über den Redakteur Stelzner vom „Nürnberg Anzeiger“ eine Geldstrafe von 50 Mk., eurent eine fünfjährige Haft, weil er im Disziplinarverfahren gegen den Postsekretär Wid die Auslagen darüber, wer den am 15. Juli 1909 in dem genannten Blatte erschienenen Artikel „Inquisition“ verfasst habe, sowie darüber, ob und in welchem Umfang Postsekretär Wid an der Abfassung und Veröffentlichung dieses Zeitungsaufsatzes beteiligt sei, verweigert habe.

— (Aus den Kolonien) Das deutschportugiesische Abkommen über die Südgrenzen von Deutsch-Ostafrika, das vom 24. November 1909 datiert ist, wird im „Dtsch. Kolonialblatt“ veröffentlicht. Danach geht die Grenze von einem Punkt der Küste aus, welcher südlich des Parallels 10° 40' S gelegen und unter dem Namen Kas Sipulu bekannt ist, in westlicher und südwestlicher Richtung, bis sie schließlich das rechte Ufer des Stromwass-Flusses trifft, der dann weiterhin bis nahe an der Nyassa heran die Grenze bildet. — Aber die Bestrafung von Eingeborenen in Deutsch-Ostafrika wegen Kontraktbruchs hat der Gouverneur unterm 7. Dezember 1909 eine Verfügung erlassen, wonach kontraktbrüchige Eingeborene auf Antrag des Geschädigten mit Kettenhaft bis zu drei Monaten und in Verbindung mit dieser Strafe oder allein mit körperlicher Züchtigung oder mit Geldstrafe belegt werden. — Aus dem Ausland kommen schlechte Nachrichten. Nach Meldung des „Deutschen Kolonialbl.“ herrscht unter den Doombos Lungenzündung, Durchfall und Malaria. Das Gouvernement in Windhof hat deshalb als Heilmittel Kalomel, Opium-Tannin und Chinin überhandt. Auf ein Schreiben des Missionars Kalle Krobu aus Uluambi, nach welchem dort bereits wiederum Hungersnot unter den Eingeborenen herrscht, die voraussichtlich noch größer werden wird, sind vom Gouvernement 1500 Kilogramm Reis dorthin abgeschickt worden.

Parlamentarisches.

— Der Seniorenkongress des Reichstags trat am Mittwoch vor der Plenarsitzung zusammen und verhandelte sich darüber, das nach dem Schmeinstale am Donnerstag, an dem der Antrag zur Verhandlung kommt, der Rest der Woche und die ganze nächste Woche dem Etat des Reichsamts des Innern vorbehalten bleibt. Dagegen wird nur eingeschoben werden die Verhandlung der sozialdemokratischen Interpellation, die sich auf die Aufhebung des Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollwigs bei der Reichstags-Verhandlung des Abgeordnetenhauses über das Reichstagswahlrecht bezieht.

— Die Wahl des konservativen Abgeordneten Anstadt (Wahlhaus-Vogelsang) wird für ungültig erklärt werden. Die Prüfung ist in der Mittwochssitzung der Wahlprüfungskommission zu Ende geführt worden. Die Fassung der Stimmen, die in diesen Tagen abgegeben hat, ergab, daß ihm nach Abzug der nach den Beschlüssen der Kommission für ungültig zu erklärenden Stimmen 30 Stimmen an der Mehrheit fehlen. Die Kommission wird den entscheidenden Beschluß am Donnerstag fassen.

— Ein konservativer Antrag auf Veränderung der Geschäftsordnung ist im Abgeordnetenhaus nunmehr doch eingebracht worden. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „Das Haus möge beschließen, seine Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß wichtige Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses und zur Einschränkung von Reden, welche die Zeit des Hauses ungebührlich in Anspruch nehmen, getroffen werden.“

Volkswirtschaftliches.

— Das bayerische Malzaufsichtsgesetz ist von der Abgeordnetenversammlung am Mittwoch mit 82 gegen 42 Stimmen angenommen worden. Hierauf nahm die Abgeordnetenkammer eine vom Ausschuss vorgeschlagene Resolution an, die Regierung möge mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß bei der Berechnung der Übergangsgabegabe der Verfassung des Deutschen Reiches mehr Rechnung getragen werde. Finanzminister v. Baff versichert, sobald das soeben angenommene Malzaufsichtsgesetz eingeführt worden sei, werde er im Bundesrat einen Antrag auf Neuregelung der Übergangsgabegabe in Anregung bringen. Er hoffe, daß dann eine gerechtere Übergangsgabegabe geschehen werde.

— In Schlesien sind Handelsreisende in Danemart. Die dänische Regierung hat, nach der

„Rein-welt. Ztg.“ jedoch im Vorstadium einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach vom 1. Oktober 1910 ab die jetzt schon sehr hohe Abgabe für ausländische Handelsreisende auf den Betrag von 100 Kronen für 30 Tage erhöht werden soll. Bei Verlängerung der Gültigkeitsdauer um 15 Tage sind 60 Kronen nachzugeben. Da die meisten der in Danemart verkehrenden Handelsreisenden Deutsche sind, so wird vorzugsweise der deutsche Handel durch diese Erhöhung getroffen werden.

Vermischtes.

— (Eine Million im Würfelspiel) Die Berliner Kriminalpolizei hat Würfelspielern auf die Spur, die Würfelspiele von Prangon in Höhe von 7 1/2 Millionen spielen wollten. Der Platz hat für die Würfelspieler Zeit nur wenige Tage erblüht.

— (Drei Arbeiter verschüttet und getötet) München, 10. Febr. Die drei in dem Steinbruch des oberbayerischen Gipswerkes am Kesselberg verschütteten Arbeiter sind am Mittwoch tot aufgefunden worden.

— (Im Anfluß an die Katastrophe des „General Chanzy“) werden jetzt aller Orten die Disziplin der Matrosen der Handelsflotte und die zum größten Teile von ihr abhängige Sicherheit der Passagiere französischer Dampfer erörtert, denn viele können sich der Ansicht nicht ganz entziehen, als habe die mangelhafte Disziplin einen Einfluß auf die Katastrophe gehabt. Gerade jetzt wird das Projekt eines neuen Disziplinartobes für die Handelsmarine von der Marineverwaltung ausgearbeitet.

— (Ein Dynamitattentat im Bürgermeisteramt) Wie die Blätter aus Toulon melden, verfuhr in dem Bürgermeisteramt des dortigen Vorortes Dormes ein Mann mittels einer Dynamitbombe einen Anschlag zu verüben. Der Schreiber getraut jedoch rechtzeitig die Brennstoffe zu entfernen. Der Täter, welcher ein Italiener sein soll, feuerte nach mehreren Revolverschüssen ab, richtete hierauf die Waffe gegen sich selbst und verendete sich tödlich. Bevor er starb, erklärte er, er habe sich wegen einer ungerechten Beurteilung rächen wollen.

Reklameteil.

Wohin so kann das doch unmöglich weiter gehen!

Die halbe Klasse fehlt, die andere Hälfte ist entartet. So kann das Klassenziel unmöglich erreicht werden. Doch die Eltern sind endlich angewandten worden, die Kinder nicht ohne ein paar Fays Sobener Baustellen in die Schule zu schicken — sie würden damit sich selbst, den Kindern und der Schule eine Wohlthat erweisen. Kinder, die regelmäßig Fays Sobener benötigen, sind nach meiner Erfahrung immer fleißig und munter auch durch den schwersten Winter gekommen. Fays Sobener Dimeral-Baustellen kauft man in einschlägigen Geschäften für 85 Pf. die Schachtel, lasse sich aber keine Nachschaffung ausschlagen.

Anzeigen.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion den
Ersatz gegenüber keine Verantwortung.

Familiennachrichten.
Todes-Anzeige.
Heute, Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr
verstarb nach kurzem Krankenlager im
34. Lebensjahre unser lieber Sohn, Bruder,
Schwager und Onkel, der Hauere
Otto Faulmann.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Familie **Faulmann.**
Treffs, den 13. Februar 1910.

Dank.
Für die liebevollen Beweise der Anteil-
nahme beim Begräbnis unserer Entschlafenen
setzt nochmals auf diesem Wege herzlichsten
Dank

August Löther,
im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Dank.
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Selbige unseres teuren
Entschlafenen sagen wir allen denen, die
uns so hilfreich zur Seite standen, unseren
innigsten Dank.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie **Adler.**

Dank.
Zurückgeführt vom Grabe unseres lieben
Entschlafenen, des Landwirts
Karl Schlotte,
Winnen wir nicht unterlassen, allen Ver-
wandten und Bekannten dort nach und fern,
welche seinen Sarg so reich mit Blumen
und Palmen schmückten, unseren tiefge-
fühltesten Dank auszusprechen. Insbe-
sondere Dank Herrn Pastor Kichenhoff für
die trostreichen Worte am Grabe sowie der
Schullugend für den Gesang. Insetzt noch
herzlichsten Dank den Betreibern von
Crepant, Treffs und Wittenweisch für
den Beizenzweig und das letzte Geleit.
Das alles hat unserm Herzen wohlgetan.
Crepant, den 17. Februar 1910.
Die trauernden Hinterbliebenen.

3000 Mk.
werden zum 1. April auf sichere Hypothek
zu Leihen gesucht. Näheres bei
W. Hirschfeld, Bitterfelder Straße 30

Gute Speisekartoffeln
verkauft im ganzen und einzeln
E. Vogel, Bismarckstraße

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim
Tode unserer guten Mutter Frau
Auguste Irrgang
sagen wir herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familien **Bormann** und **Engel.**
Merseburg, den 16. Februar 1910.

Emser Pastillen
aus den Königl. Betrieben zu Ems.
Schachtel **85 Pf.**
Altbewährt bei Husten, Heiserkeit etc.

**Für Gastwirte und
Flaschenbierhändler**
hält Bieranmeldungs- u. Nachweisungs-
formulare, sowie Lagerbücher stets vorräthig
Buchdrucker **Th. Rössner,**
Merseburg, Elgstraße.

Grüne Heringe
frisch eingetroffen.
Frau **Anna Wippich**, Johannisstr. 2.
Marktstand: Bismarck-Platz.

Frische grüne Heringe
empfiehlt **W. Krämer.**
Empfehle von heute an prima
Mastrindfleisch u. fettes Schweinefleisch.
Baummann, Gotthardtstr. 27.

Reipisch.
Sonntag den 20. Februar
großer
Vollsmasentball.
Dazu ladet ergeblich ein
R. Erbis.

Harlings Restaurant.
Sonnabend
Schlachtfest.
Dente Freitag
Schlachtfest.
Otto Lintzel, Clobigauer Str. 9.

Heiratgeheim.
Ein Junger Mann 30 Jahre alt, Be-
amter, erster Schrankenwärter Nr. 147, an
einer Wohnbahn, mit etwas Vermögen,
sucht Dame, Witwe nicht ausgeschlossen,
zwecks späterer Heirat. Vermögen nicht
erforderlich. Offerten sind einzureichen unt.
„Liebe“ **Rosental Nr. 9**

Pension.
Schüler od. Schülerinnen, welche in Halle a. S.
die Schulen besuchen wollen, sind freimbl.
Aufn., lieben Pflege u. Bewill. der Schul-
arb. b. m. Preis in a. Fam. Off. unter
P.F. nach **Halle, Lindenstr. 2. III, r.**

Ein junger Bädergeselle
zum 1. März gesucht.
Alberts, Gotthardtstraße.

Mädchen,
welches schon beim Kochen geholfen haben
und in aller Hausarbeit erfahren ist.
Anfangsgehalt 180 Mark.
Frau **Rosa Schmidt**, Salletsch Str. 90.
Ersucht bis 1. April

Anwartsung
möglichst für den ganzen Tag gesucht.
Frau von **Reden**, Grünstraße 1.

Ein Kinderpelzfragen gefunden.
Abzuholen **Kleine Bitterke 14. H. 2.**

Braune Boa
am Sonntag verloren. Segen Belohnung
abzugeben **Zehstraße 1.**

Mastrindfleisch und Kalbfleisch
a Pfd. 60 und 65 Pfg.
empfiehlt
L. Nürnberger.

1 a. frischen Angel-Schellfisch,
Gänse-Pöckelfleisch,
frische Rebkleine a Pfd. 30 Pf.,
sattige süße Apfelsinen
3 Stück 10 Pf.,
Zitronen 4 Stück 15 Pf.,
franz. Walnüsse a Pfd. 35 Pf.
empfiehlt
Emil Woltf.

Frachtbriele

nach neuester Vor-
schrift liefert mit Ein-
druck schnell u. billig
Th. Rössner, Buchdruckerei,
Deigebue 9.



Frisch eingetroffen:

extra starke Hasen,

a Stück Mark 3.75 ohne Klein,
auch nettelt,
grosse wilde Kaninchen
a Stück Mt. 1.20,
Ia. Reh- und Dampfschier,
Rüden, Keulen und Blätter,
Kochfleisch a Pfund 30 Pf.,
Wildhühner und -Gännen,
Schneehühner,
Puter und Puthennen,
französischen, deutschen Boullarden,
Poulets, junge Tauben,
Kochhühner,
große junge Wackelhühner
a Mt. 2.75 - 3.00,
Ia. lebend. böhm. Spiegelkarpfen,
Schleien

empfehl't **Emil Wolff.**

Petersburger Gummischuhe

empfehl't billigt
Aug. Prall, Burgstraße.
Reparaturen.

Große süße Apfelsinen,

Duhand 40 Pf., empfehl't
W. Schumann, Unter-Vittenbura.

Dom-Frauenhilfe.

Freitag den 18. Februar, nachmittags
4 Uhr, in „Wüllers Saal“
Mitglieder-Versammlung.
Frau von Gienhart-Rothe

Zimmerhutzen - Verein Pressch.

Sonntag den 20. Februar
1910 in Pressch
großer Maskenball.
Dazu ladet freundlich ein
Der Vorstand.
Entree 25 Pf. Masken frei

Gesang-Verein „Iris“

Hält Sonntag den 20. Februar, von
nachmittags 3 Uhr an
Länzchen,
und abends von 8 Uhr an
Käppel-Abend mit Ball
im „Castino“ ab.
Unsere sonst eingeladenen Gäste
sind herzlich willkommen
Der Vorstand.

Restaurant Hohenzollern.

Gemüthlicher Aufenthalt.
Angenehme Bedienung.
Neu!

Hubolds Restauration.

Heute
Schlachtefest

Son. abend
Schlachtefest.
Frisch Mettwurst, Bratwurst, Schafkes
und Topfbraten, Mittags frische Wurst
H. Keßler Saub. 22

Heute Freitag
Schlachtefest.
Fr. A. Sommer, Gr. Ritterstraße 1.

Thüringer Hof.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

gross. Bockbierrummel.

Für gediegene und humorvolle Unterhaltung sorgt das
österreichische Damenorchester „Albinia“.
Entree frei. Mützen gratis.
ff. Bockwürstchen mit Sauerkraut.

Bürgergarten (Neues Schützenhaus).

Am 19. und 20. Februar

gr. Bockbierfest

in sämtlichen dekorierten Säumen.
Sonnabend abend
musikalische Unterhaltung.
Sonntag von nachmittags 1/2 11hr an
B.A.L.L. Musik ausgef. von der Stadt-Kapelle.
Freier Eintritt. Festmützen gratis.
Meine werten Gäste, sowie Freunde und Gönner sind hierzu höf. eingeladen.
Hochachtungsvoll
Jul. Quellmalz.

Jede sparsame Hausfrau verwendet heute Steinbachs Wasch-Extrakt.

Rote Packung mit den 3 Spaten.
Garantiert reines Fabrikat, macht die Wäsche blendend weiss.
1 Pfund = 20 Pfennige.
Man achte genau auf Firma und Schutzmarke.
F. E. Steinbach, Leipzig.

Das Gemüse schmeckt köstlich bei Verwendung der beliebten Delikatess - Margarine - Marken

Siegerin oder Mohra

die in Geschmack, Aroma und Verdaulich-
keit feinsten Molkereibutter gleichkommen.
Überall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
A. L. MOHR G. m. b. H.
ALTONA - BAHRENFELD.

Bierdruckvorrichtungen.

Zum Betrieb befindliche Bierdruckapparate werden nach der
neuesten Polizei Verordnung sachgemäß eingerichtet
Gustav Engel, Mechanikermeister,
amtlich bestellter Revisor und Sachverständiger für Bierdruck-
vorrichtungen im Kreise Merseburg.

Heute Freitag Schlachtefest.

Max Prietzsch, Krautstraße 8.
Wäsche

wird zum Waschen angenommen und auf
Wunsch abgeholt. **Saub. 23. par.**
Jüngerer anständiger Herr
sucht Verkehr mit junger Dame.
Erfahren unter F Z 230 an die Exped.
d. Bl. erbeten

V.D.H.

Verband Deutscher
Handlungsgehilfen
zu Leipzig gegr. 1881
90 000 Mitglieder, 700 Kreisver-
eine, 4 Millionen B. Vermögensg.
Stellenvermittlung
kostenfrei für Mitglieder und
Fremde.
Die Liste offener
Stellen liegt aus in
Merseburg **E. Schäfer**
i. Ka. Adolf Schäfer, Entenplan.

Jünger Kaufmann sucht
Nebenbeschäftigung in Buchführung.
Off. n. **B. D. V. 4** an die Exped. d. Bl.

Bäckerlehrling

an Oetern sucht
Hädderich, Halle a. S. Alter Markt 24.
Suche für meine Tochter, welche Oetern
die Schule verläßt,
leichten Dienst.
Off. unt. **A J 100** an die Exped. d. Bl.

Tüchtige Hilfe
und auch Lernende für Damenschneiderei
sucht **B. Mollau, Sand 16.**

1. April 1910 wird im Bauerngut
umwelt Merseburg eine selbständige un-
bedingt ehrliche

Wirtshäuserin (Wamiel)

gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen
erbeten **T Z 300** Merseburg, postlagernd.
Gesucht zum 1. April 1910 ein nicht zu
junges zuverlässiges

Mädchen,

das in Küche und Haus erfragen ist, für
einen Haushalt von zwei Personen.
Werbungen bei
Frau Professor **Brühauf,**
Schneid. 2, 2. Gasse.

Alt. zuverlässiges Mädchen

für Küche und Hausarbeit per 1. April
gesucht.
Frau **Wirth, Halleische Straße 17. par.**

Ein Mädchen,

welches Oetern die
Schule verläßt, wird
für leichten Dienst zum 1. April gesucht.
Zu erfragen **Hohmarkt 9, im Laden.**

Ein Mädchen,

das in Küche und Haus erfragen ist, für
einen Haushalt von zwei Personen.
Werbungen bei
Frau Professor **Brühauf,**
Schneid. 2, 2. Gasse.

Sanb. ehrliches Mädchen

per 1. April 1910 gesucht.
Budig, Burastraße 24.

Junges sauberes Mädchen

wird zum 1. April gesucht.
Koerlin, Rauchschreiber Straße 16 L.

Ein tüchtiges Dienstmädchen

zum 1. April gesucht.
Frau Gymnastiklehrer **Dr. Rössner,**
Domplatz 8

Junges, sauberes Dienstmädchen

per 16. März gesucht
Lauschbier Str. 16, st.
Zum 1. April suche ein orentliches
sauberes

Dienstmädchen

bei gutem Lohn
Selma Bergmann, Gotthardtstr. 19.

Ein Kindermädchen,

welches Oetern die Schule verläßt, am
liebsten vom Lande, sucht
Frau **Rosch, Riegetel.**

Ein träges Mädchen, welches Oetern übers Jahr die Schule verläßt, wird als

Aufwartung
gesucht **Burgstraße 1 II.**

Patentkapsel

von Braunsdorf nach
Merseburg verloren. Geg.
Belohnung abzugeben
Karl Kellermann, Fleischermeister.
Siege eine D.ilage.

Der Entwurf über die Reisekosten der Staatsbeamten

ist, wie schon gestern kurz gemeldet, am Dienstag dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Nach § 1 erhalten die Staatsbeamten bei Dienstreisen Tagegelder nach folgenden Sätzen: 1. aktive Staatsminister 35 M., 2. Beamte der ersten Rangklasse 28 M., 3. Beamte der zweiten und dritten Rangklasse 22 M., 4. Beamte der vierten und fünften Rangklasse 15 M., 5. Beamte, die nicht zu den obigen Kategorien gehören, so weit sie bisher zu diesem Satz berechtigt waren 12 M., 6. Subalternbeamte 8 M., 7. andere Beamte, soweit sie bisher zu diesem Satz berechtigt waren, 6 M., 8. in übrigen 4 M. Wird die Dienstreise am gleichen Tage angetreten und beendet, so werden ermäßigte Tagegelder gewährt, und zwar für 1. 23 M., für 2. 18 M., für 3. 14 M., für 4. 10 M., für 5. 8 M., für 6. 6 M., für 7. 4 M. 50 Pfg., für 8. 3 M.

§ 2 bestimmt, daß staatsmäßig angestellte Beamte, die vorübergehend außerhalb ihres Wohnortes bei einer Behörde beschäftigt werden, neben der Besoldung die obigen Tagegelder erhalten, bei längerer Beschäftigung bestimmt die vorgesezte Behörde die Höhe des Tagegeldes. Bei Dienstreisen erhalten an Fahrlofen für den Kilometer einschließlich der Kosten für Gepäckförderung für Eisenbahn- und Schiffsfahrten die in § 1 unter Ziffer 1 bis 4 genannten Beamten 9 Pf., wenn der Fahrpreis für die erste Klasse bezahlt ist, sonst 7 Pf., die unter 5 und 6 genannten Beamten 7 Pf., wenn der Fahrpreis für die erste Klasse bezahlt ist, sonst 5 Pf., die übrigen 5 Pf. Für Fahrverstreten werden bezahlt pro Kilometer 60 Pf. für die Beamten unter 1 bis 4, 40 Pf. für die Beamten unter 5 bis 6, 30 Pf. für die übrigen Beamten. Für Übernachungskosten werden außerdem an Tagegeldern gezahlt 1,50 M., 1 M. und 50 Pf. nach der gleichen Klassenabstufung. Haben die Beamten unter 1 bis 4 des § 1 einen Diener mitgeführt, so erhalten sie für ihn pro Kilometer 5 Pf. Bei gemeinsamen Reisen im Fuhrwerk erhält der einzelne Beamte für den Kilometer nur 30 Pf. Aus den übrigen Paragraphen seien folgende Bestimmungen erwähnt:

Die Fahrkosten werden für Hin- und Rückreise besonders berechnet. Für Geschäfte am Wohnort werden den Beamten keine Tagegelder gezahlt, auch dann nicht, wenn die Geschäfte im Umkreise von zwei Kilometern vom Wohnorte wahrgenommen werden. Beamten, die für ihre Dienstreisen Pauschalbeträge erhalten, werden Tagegelder und Fahrlofen nur gewährt, wenn sie Dienstgeschäfte außerhalb ihres Amtsbezirks erledigen. Für häufig reisende Beamte kann die vorgesezte Behörde Pauschalbeträge festlegen. Beamte im Vorbereitungsdienst erhalten Tagegelder und Reisekosten nur dann gewährt, wenn sie die Reisen nicht lediglich zum Zwecke ihrer Ausbildung unternehmen.

Der deutsche Landwirtschaftsrat

trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Grafen Schwerin-Lünnich und in Anwesenheit zahlreicher Kommissare aus den Reichs- und Provinzialparlamenten und der Bundesstaaten in Berlin zusammen. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten sprach Abg. Graf Kanitz über das Thema: Der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten und die deutsche Landwirtschaft. Er legte folgende Resolution vor: „Die auf Grund des Gesetzes vom 5. Februar 1910 mit dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika getroffene Vereinbarung, betreffend die Anhebung der in Abschnitt 1 des amerikanischen Zolltarifgesetzes vom 5. August 1909 vorgesezten Zölle auf die deutschen Einfuhrwaren, erscheint nicht ansehend, mit den Schäden und Beeinträchtigungen abzumenden, mit denen die deutsche Exportindustrie infolge der vielfachen Zolländerungen des amerikanischen Tarifs und durch die Verschärfung der amerikanischen Verwaltungsvorschriften bedroht ist.“ Der ökonomische Agrarier sang ein großes Trauerlied über das Zustandekommen des deutsch-amerikanischen Handelsabkommens, bei dem Deutschland mehr eingedrückt habe, als es von Amerika erhalten. Auch der Bündnisführer Freiherr von Wangenheim geriet sich als bedauerlicher Zeuge, dem die Felle eines Zollkrieges mit Amerika vorgezogen hätten, während Abg. Schwerin-Lünnich das Abkommen etwas objektiver betrachtete. Die Resolution des Grafen Kanitz wurde schließlich einstimmig angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Maßnahmen der deutschen Städteverwaltung“ über die Festsetzung der Wohnsteuer“ beehrte die Witterungskommission von Großaussen die Beschlüsse eine lange Resolution, in der es als Pflicht der Kommunalverwaltungen und anderer Vertretungskörperchaften der Konsumenten hingehalten wird, „das Bestreben der heimischen Landwirtschaft nach der Minderung zu unterstützen, daß die Wirtschaft der Bevölkerung zu angemessenen Preisen sichergestellt wird.“ Zu diesem Zweck verlangt man nützlich billige Getreide bei der Benutzung der kommunalen Schlachthäuser, Unterstützung der gewerkschaftlichen Verwertung, Beihilfen zur Gründung leitungsfähiger Viehweiden, einwandfreie Preisnotierungen, fähige Kontrollen der Ladenpreise der Schlächter, Beihilfen zur Errichtung von Genossenschaftsmarkten, Verbot des Wagnisverkehrs in Bayern. Von irrenden Worten.

Pflichtungen der Besitztücher zur Stellung „angemeinere“, d. h. billiger Preise, aber festsetzbar nicht seine Rechte. Auch diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Hierauf sprach Abg. Hofmeister Engelbrecht. Denselben über die fotografische Darstellung der Anbauverhältnisse des Deutschen Reiches nach kleineren Bezirken.

Deutschland.

— (Zum Fall Damman) erhielt die „Athen. Welf. Ztg.“ von dem Bruder des Ermordeten folgende Zuschrift: „Mit Bezug auf die Anteil des Privatdozenten Dr. A. Wirth über die „Entschädigung der preussischen Regierung an Pastor Dammann“ behauere ich, Anlaß zum Vorwurf gegen das unwürdige Amt gegeben zu haben. Als ich im Gespräch mit Herrn Dr. Wirth behauptete, es sei nichts gesahit, habe ich in gutem Glauben gehandelt, da meine Mutter, Frau Pastor Dammann, mich trotz Anfrage völlig in Unkenntnis über die Sache ließ, so daß ich durch die Zeitung das erste Wort davon hörte.“ Unter diesen Umständen hält Privatdozent Dr. Wirth seine Vorwürfe gegen das unwürdige Amt natürlich nicht aufrecht. Dagegen dürfte die „Nordd. Allg.“ auch den Vorwurf der Leichtfertigkeit, den sie gegen Dr. Wirth erhoben hat, nicht mehr aufrecht erhalten können. Denn Herr Dr. Wirth mußte den Angaben des Bruders des Ermordeten ohne weiteres Glauben schenken, zumal da kein innerer und äußerer Grund gegen die Angaben sprach.

— (Die Reichstags- und Gewerkschaftswahl in Mühlheim-Wipperfurth) hat leider, wie schon gestern mitgeteilt, kein günstiges Resultat für den Liberalismus gezeigt. Die Empörung der Massen über die Finanzreform und neuerdings über die Änderung des Wahlgesetzes hat die Wogen der Sozialdemokratie auch in diesem Kreise hoch anschwellen und über die Position des Liberalismus hinwegschlagen lassen. Der Linken des Zentrums steht noch unerschüttert, nachdem allerdings von seiten dieser Partei mit unermesslichem Hochdruck gearbeitet worden war. Trotzdem ist das Zentrum in die Stichwahl gedrückt und muß sich einem zweiten Gange unterziehen, und zwar — Ironie des Schicksals! — lediglich deswegen, weil die gerade zur Unterstützung des Zentrums aufgestellte, sonst ganz sinnlose Kandidatur der Christlich-Sozialen so viel Stimmen zusammenbrachte, um den Sieg des Zentrums im ersten Gange zu verhindern. Bei dieser Stichwahl haben es die Nationalliberalen in der Hand, ihre Willensmeinung dahin zu befunden, ob sie die neue Mehrheit der Konfessionsliberalen in ihrer Zahlenstärke erhalten oder ob sie der Linken ein Mandat zuführen wollen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 16. Februar.) Der Reichstag führte am Mittwoch die erste Lesung des Arbeitsamtergesetzes durch. Das mangelhafte Entgegenkommen der Vorlage gegen die vorjährigen Kommissionsbeschlüsse wurde von allen Parteien des Hauses beklagt, die im übrigen grundsätzliche der Tendenz der Vorlage zustimmen. Nur der freisinnige Abg. Schmidt-Altenburg erklärte, eine Notwendigkeit für das ganze Gesetz nicht einsehen zu können. Im Namen der freisinnigen Fraktionsgenossen sprach der Abgeordnete D. Naumann. Auch er verlangte dringend die Herabsetzung des Wahlalters und die Zulassung von Arbeitervertretern. Er beklagte es, daß nicht auch die Lohnsteuer und Wertsteuer in die Vorlage mit einbezogen seien. Der Reichstag hat die Vorlage mit 221 gegen 157 Stimmen für die Reichstagsratifikation beschlossen, daß die Organisation der Reichstagsratifikation in einer besonderen Art Reichstagskommission geregelt werden soll, und daß man diese Frage mit dem Arbeitsamtergesetz nicht verknüpfen möge. Die Vorlage ging schließlich an eine Kommission von 28 Mitgliedern, worauf die erste Beratung des Hausarbeitsgesetzes begonnen wurde.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 16. Februar.) Im Abgeordnetenhaus wurde am Mittwoch die Beratung des Fiskusgesetz fortgesetzt. Die Debatte verlief sich in der Erörterung einer Reihe von Einzelfragen. Der freisinnige Abg. Veltzsch wies im Anschluß an seine Ausführungen vom 5. Februar darauf hin, daß er mit dem Vorstand des Anwaltsvereins einen Briefwechsel gepflogen habe, wonach die auf den Vorstufen Anwaltsrat eroberten Beschlüsse gegen den Reichstag ein bis zu demselben Tagede geschickt worden sind. Er hat sich eingehend mit dem Reichstag auseinandergesetzt, da bei allen Beteiligten die Einsicht in die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen Anwalts und Richtern damit ausgesprochen sei. Der freisinnige Abg. Cassel melderthot recht eindringlich die bereits früher vorgeschlagenen Maßnahmen über die unangemessene Einteilung der Gerichtsbezirke gegen den Reichstag. Unter den Anwälten ist große Missbilligung darüber entstanden, daß die Organisation dazu geführt hat, gewissermaßen Anwälte erster und zweiter Klasse herauszubilden. Beim Kapitel „Staatsanwaltschaft“ machte der freisinnige Abg. Wächtermann darauf aufmerksam, daß im Kreise Richter und den benachbarten Anwaltsbezirken große Erregung über die Ungleichheit herrscht, die die dortige Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung dieser Mandate seit einigen Jahren bemerken hat. Er ersuchte, daß ihm von geistlicher Seite beigelegt werden dürfe, dieses hier zur Sprache zu bringen. Der Justizminister erwiderte, daß er mit der generellen Prüfung dieses Falles die Oberstaatsanwaltschaft beauftragt habe. Der Wünsche der Anwaltsvereine auf das

Recht statemäßiger Anstellung nahm sich nach der freisinnige Abg. Dr. Schupp recht lebhaft an. Auch die Fragen der Einführung der Stenographie und der Schreibmaschine in den Justizdienst wurden gestreift: die Justizverwaltung stellt darüber Berichte an. — Am Freitag wird die Staatsberatung fortgesetzt, außerdem ist die Gelegenheit über die Neuorganisation der Beamten der Staatsbeamten zur ersten Sitzung auf der Tagesordnung.

— Wie die „L. C.“ erzählt, mehren sich die Anzeichen dafür, daß tatsächlich der Reichstag im Frühjahr 1911 aufgelöst werden wird, so daß die Neuwahlen etwa im Juni stattfinden könnten. Es wäre dann der Termin für die Neuwahlen wieder erreicht, der schon 1893, 1898 und 1903 festgelegt worden war und der sich zweifellos aus Verfassungs- und aus gesetzgeberischen Gründen am besten dafür eignet. Wenn 1911 im Herbst noch eine Session stattfinden würde, so könnte diese wegen der spätesten im Januar notwendig werden Neuwahlen nur ganz kurz sein, die Staatsberatungen würden ausschließlich durch die Neuwahlen verzögert werden. Dieses würde auch dann der Fall sein, wenn die Wahlen etwa im späten Herbst stattfinden sollten. Es spricht alles dafür, daß die jetzige Session im Frühjahr nicht geschlossen, sondern vertagt wird und daß im kommenden Winter alle in die Kommissionen verwiesenen Gesetze, sowie der neue Etat aufgearbeitet werden und dann der Schluß der Legislaturperiode eintritt. Die Parteien haben allen Grund, ihre Wahlvorbereitungen zu treffen.

Volkswirtschaftliches.

— (Über die Schiffahrtssachen) sollen die Verhandlungen in dem Auslande nach einer offiziellen Meldung des „Schw. Mer.“ ein eingeleitet werden, wenn die Frage im Deutschen Reich ihre Erledigung gefunden hat. Aber die Form, die der Gelegenheit über die Schiffahrtssachen auf Grund des Schicksals des Bundesrats vom 2. Februar im einzelnen erörtern soll, sind in Berlin in letzter Woche konfirmatorische Verhandlungen gepflogen worden, die einen befriedigenden Verlauf genommen haben.

— (Zu dem neuen bayerischen Maßsteuer-) Gesetz hat die zweite Kammer am Dienstag die Einführung des Verfallsrechts in die Vermögensgegenstände des „Schw. Mer.“ ein eingeleitet werden, wenn die Frage im Deutschen Reich ihre Erledigung gefunden hat. Aber die Form, die der Gelegenheit über die Schiffahrtssachen auf Grund des Schicksals des Bundesrats vom 2. Februar im einzelnen erörtern soll, sind in Berlin in letzter Woche konfirmatorische Verhandlungen gepflogen worden, die einen befriedigenden Verlauf genommen haben.

— (Über die geplante Anhebung der Unfallversicherung im Handelsverkehr) schreibt man: Nach dem Gesetz über die Gemeine Unfallversicherung sind Lagerungsbetriebe in Verbindung mit einem Handelsbetriebe versicherungspflichtig, wenn deren Inhaber im Handelsbetriebe beschäftigt ist. Durch diese Regelung sind erhebliche Schwierigkeiten entstanden, denn eine Anhebung des Verfallsrechts in den Vermögensgegenständen des Handelsbetriebe und damit der versicherungspflichtigen von der nicht versicherungspflichtigen Tätigkeit führt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Außerdem sind die Betriebe der Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften im Geschäftsverkehr, und in die Handelsbetriebe einzufügen. In Zukunft eine schärfere Trennung der Verhältnisse in das Handelsbetriebe ganz in Form kommen. Entschieden soll sein der Umfang des Verfallsrechts, indem alle diejenigen Unternehmen für versicherungspflichtig erklärt werden, die über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgehen. Um aber auch die Schwierigkeiten der Abgrenzung zwischen versicherungspflichtiger und unversicherungspflichtiger Tätigkeit zu beseitigen, sollen in den geschäftlichen Verhältnissen durch die Reichsversicherungsordnung anstelle der Lagerungsbetriebe solche Betriebe treten, die der Behandlung und Handhabung von Waren dienen, falls sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind. Hierdurch werden nicht nur die eigentlichen Lagerungsbetriebe, sondern auch die ähnlichen Arbeiten des zugewandten kaufmännischen Unternehmens der Versicherungspflicht unterstellt. Durch diese Änderungen werden dann auch in Zukunft die Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften, die sich mit der Behandlung und Handhabung von Waren befassen, versicherungspflichtig.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 17. Febr. Der Arbeitgeber-Schuzverband für das Landratsamt, Meißel- und Delorauer-Gewerbe hatte mit dem Vorstande des Geschillen Verbands der Tapezierer und verwandten Berufe behufs Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages mehrere Sitzungen. Die Geschillen fordern einen Lohnzuschlag von 4 Pfg. pro Stunde bei 50 Pfg. Mindestlohn und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich. Der Arbeitgeber-Schuzverband zeigte Entgegenkommen, lehnte aber die Ermäßigung der vollen Forderung ab. In der letzten Generalversammlung beschloß der Arbeitgeber-Verband, die Geschillen auszuführen, falls sie die angebotenen Lohnherabsetzungen ablehnen sollten.

† Naumburg, 17. Febr. Einen Aufruf von erstkattender Tragik erklärt Herr Justizrat Weber hier. „Meine am 9. Dezember v. J. auf dem

Heimweg vom Unterricht auf unerklärliche Weise verschwundene heilige Tochter Traute ist trotz aller Nachforschungen bisher nicht gefunden. Sie stand im 14. Lebensjahre, war geistig hochbegabt, voll Frohsinn und sprühender Lebenslust und reinen, frommen Gemüts, von schlanken, ebennmäßigem Wuchs, blühender, frischer Gesundheit, hat große, leuchtende, braune Augen, regelmäßiges, rosiges Gesicht, braunes Haar, trägt viel Tadel, weiße Sportmütze, weiße Handschuhe, weißseidene Daarschleifen, dunkelblaues Niederstück mit weißer Bluse, weiße mit Sünderlei besetzte Unterbekleidung, schwarze Strümpfe und schwarze Schnürstiefelchen. Eine Verlobung von 1000 Mark sichere ich dem zu, der mein Kind mir lebend wieder zuführt und eine entsprechende Verlobung für solche Mitteilungen, die zu ihrer Auffindung führen."

† Halberstadt, 15. Febr. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Harsleben. Am Freitag geriet der Schneider Koch, der bei der Dreifachmaschine beschäftigt war, in die Maschine, als aus irgend einem Grunde die Maschine versagte und er den Fehler abzustellen versuchte. Er wurde am Kopf und Gesicht fürchterlich verletzt. Die Verletzungen waren so schwer, daß er an den Folgen gestorben ist.

† Harzburg, 16. Febr. Die Vorunter- suchung wegen Verdrüssigung gegen den Hotelbesitzer Buchheiser, dessen Ehefrau und dessen Bruder, den Bauwirtschaftsarbeiter Buchheiser aus Diederode am Falkenberg, ist noch immer nicht beendet. Hotelbesitzer Buchheiser behauptet noch immer, daß nicht er den Plan der Brandstiftung des Hotels „National“ hierorts erfunden habe, sondern ein anderer, den er jedoch nicht nennt. Bornaerichtlich wird sich die am 1. März beginnende Spornarschischperiode mit diesem Sensationsprozeß zu befaßen haben.

† Döberitz, 16. Febr. Gestern nachmittag fand die Bürgermeisterversammlung statt. Es waren drei Kandidaten auf die engere Wahl gestellt. Von diesen wurde Dr. Sporleder-Gabelberg mit 20 Stimmen gegen Gäntzer-Friedenau, der zwei Stimmen erhielt, gewählt.

† Magdeburg, 15. Febr. Ein Entwurf über die Stadterweiterung Magdeburgs ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Der Entwurf schlägt die Eingemeindung der Randgemeinden Coccau, Brestler (Kreis Jerchow I), Fennelkreutz, Salze, Wessershausen, Rensdorf (Kreis Walsleben) zum 1. April 1910 vor. Nach der Begründung ist die Eingemeindung nach Magdeburg notwendig geworden, weil die industriellen Interessen Magdeburgs die Eingemeindung der an der Elbe gelegenen Wegemeinden erfordern, da die Magdeburger Industrie das Bestreben zeigt, sich längs der Elbe anzuordnen. Die Stadt Magdeburg erwirbt durch die Eingemeindung 279 Hektar Auland und die Einwohnerzahl vermehrt sich um rund 22 000 Seelen. In früheren Jahren sind aus ähnlichen Gründen die Gemeinden Subenburg, Neustadt, Buskau und Kotschense in Magdeburg eingemeindet worden.

† Nüßkau i. Thür., 17. Febr. Ein Jugendheim soll hier in nächster Zeit errichtet werden, nachdem man für diesen Zweck etwa 115 000 Mk. beisammen hat. Die Stadtverordneten-Versammlung wählte heute eine Kommission, die die nötigen Vorarbeiten erledigen soll. Weiter wurde in der Sitzung beschlossen, die Kosten für eine hier zu errichtende Präparandenanstalt und eine selbständige Hörschule für schwachbegabte Kinder zu bewilligen.

† Sonneberg, 17. Febr. Die Erbauung der für den gesonnenen Bergbau wichtigen Kantensteigbahn mit einem Kostenaufwand von 6 Millionen Mk. wurde von Preußen genehmigt.

† Jena, 16. Febr. Der Halle'sche Kommet war am Montag nachmittag 4 Uhr 35 Minuten hier zu sehen! Die akademische Jugend veranfaßte einen höchst impopulären Auszug, in dem ein Studio als Halle'scher Kommet verkleidet war und mit einem langen goldgelben Schwefel von seinen Komilitonen durch die Straßen begleitet wurde. Halb Jena stand wieder einmal auf dem Kopfe.

† Kassel, 17. Febr. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden alle fünf bürgerliche Kandidaten mit einer Mehrheit von mehr als hundert Stimmen gegen die Sozialdemokraten gewählt.

† Bückeburg, 16. Febr. Die Friklin-Mutter Hermine zu Schumburg-Lippe ist Mittwoch morgen um 9 Uhr im Alter von 82 Jahren in Bückeburg gestorben.

† Leipzig, 17. Febr. König Friedrich August besuchte gestern in Leipzig die Uranien-Kasene, mehrere Universitäts-Institute und das Graß-Museum. Ihm zu Ehren fand dann weiter ein Schauturnen des Akademischen Turnabends und eine Abend-Gesellschaft bei dem kommabierenden General statt.

† Dresden, 17. Febr. Hier taute gestern die Hauptversammlung des Verbandes der Sächsischen Industrieller. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich energisch gegen die Schiffsahrtsgesetze ausspricht.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 17. Februar 1910.

** Ruhegehälter für Lehrpersonen. Eine für die Stadtgemeinden wichtige Entscheidung hat kürzlich der preussische Kultusminister getroffen. Soweit Gemeinden, die mittlere Schulen unterhalten, auf Grund der ihnen durch das Gesetz vom 25. August 1909 eingeräumten Befugnisse der Volksschullehrer Alterszulageklasse und der Ruhegehaltsklasse beitreten, hat die Ruhegehaltsklasse auch die bisher schon zahlbaren Ruhegehälter für Lehrpersonen, die an den angeschlossenen mittleren Schulen tätig sind, von dem Zeitpunkt des Beitritts an zu übernehmen. — Da unsere Stadt ebenfalls der Ruhegehaltsklasse beigetreten ist, findet die Entscheidung des Kultusministers auch hier Anwendung.

** Ehreubildungsmedaillen. Während des Jahres 1909 sind, nach der „Verl. Kor.“, in Preußen 1648 Ehreubildungsmedaillen verliehen worden; davon entfallen auf die Provinzen: Ostpreußen 43, Westpreußen 38, Brandenburg 222, Pommern 85, Posen 56, Schlesien 88, Sachsen 176, Schleswig-Holstein 118, Hannover 214, Westfalen 179, Hessen-Nassau 97, Rheinprovinz 330 u. Verwaltungsbezirk Sigmaringen 2. Es gehörten: 127 Ehepaare der evangelischen, 343 der katholischen, 35 der mosaischen Religion an. Ein Ehepaar gehörte zu den Mennoniten, ein Ehepaar zu den Baptisten und ein Ehepaar zu den Irvingianern. 13 Ehepaare gehörten der reformierten und 27 einer anderen Religion an. 24 Ehepaare feierten ihr 60-jähriges Jubiläum; 2 mit der Zahl 65.

** Das Färben der Wäsche. Laut Bekanntmachung des Reichsanzeigers betriebe gesundheitsgefährdend und schädlicher Färbung zu Fleisch und dessen Zubereitung, ist die Anwendung von Farbstoffen jeder Art bei der gewerbemäßigen Zubereitung von Fleisch verboten und eine Ausnahme von diesem Verbot nur hinsichtlich der Selbstfärbung derjenigen Wurstararten, bei denen Selbstfärbung üblich und ohne weiteres erkennbar ist, zugelassen. Nach einer Bekanntmachung des württembergischen Medizinalkollegiums erscheint demnach nur noch die Selbstfärbung der sogenannten Gelbwurst (Kochwurst), einer vornehmlich aus feingemiegtem frischem Schweinefleisch hergestellten Wurst mit Darmüberzug, die nicht geräuchert, sondern nur gekocht und in diesem Zustand gegessen wird. Höchstens dürfen noch die Selbstfärbung von gefülltem Schweinekopfe und Schweinehälften als erlaubt gelten. Verboten, weil durchaus verwerflich, ist dagegen das künstliche Färben der sogenannten Brüh- und Klüschwürste, als da sind: Saltwürstchen, Dresdener Appetitwürstchen, Metzwürste, Knackwürste, Schinkenwürste usw. Ebenso fällt die Anwendung von Farbstoffen bei Schinkenroladen, Sackschinken und sogenannten Pariser Jungen unter das Verbot. Auch erscheint die künstliche Färbung von Kalbsrolade, Gelatine, Presssahne, unzulässig. Im übrigen muß die als erlaubt bezeichnete Selbstfärbung der Wurst in der sogenannten Gelbwurst bezug des gefüllten Schweinekopfes und des gefüllten Schweinefußes so ausgesprochen sein, daß sie sich von den natürlichen und den durch Mähdern erzeugten gelben Schattierungen des Fleisches und der Wurst deutlich abhebt. Demgemäß ist die vielfach übliche Anwendung von zu blauen oder ins Rote hinüberziehenden Farbstoffen zu beanstanden.

** Der Landwirtschaftliche Kreisverein Merseburg hielt am Mittwoch nachmittag eine Versammlung ab, die von Mitgliedern und Gästen sehr zahlreich besucht war. Nach Eröffnung der Verhandlungen durch den Vorsitzenden, Herrn Landrat Graf v. Cassanovi, nahm dieser sofort die alljährlich stattfindende Bräntierung treuer Arbeiter und Diensthilfen vor. Es konnten diesmal 84 Personen durch Medaillen und Diplome — gestiftet von der Landwirtschaftskammer — und Diplome und Geldgeschenke — gestiftet vom Verein und Arbeitgeber — ausgezeichnet werden. In einer bemerkenswerten Ansprache betonte der Vorsitzende, daß dieser Tag der Vereinnung treuer Arbeiter und Diensthilfen stets ein Ehren- und Freudentag im Kreisverlebe sei. Besonders soll ihnen gedankt werden für ihre treue und gewissenhafte Tätigkeit in der Landwirtschaft. Wenn man die 84 treuen Arbeiter hier sieht, so kann man nicht gut von einem fortwährenden Zug nach der Großstadt reden, sondern muß zu der Überzeugung gelangen, daß es doch noch einen alten guten Stamm treuer und schaffender Arbeiter und Diensthilfen gibt, die sich der Landwirtschaft, der Mätmutter unseres Vaterlandes, hängen. Möge den Bräntierten der heutige Tag ein Ansporn zu weiterer treuer und gewissenhafter Arbeit sein, den Kollegen und Kolleginnen ein Ansporn zur Nachahmung und allen Arbeitgebern ein Ansporn, sich ebenfalls solche treue Arbeiter zu erhalten. Mit einem herzlichen Glückwunsch schloß der Redner seine Ansprache ab. Die Namen der ausgezeichneten Arbeiter und Arbeitstinnen sind folgende: Vornämher Friedrich Böhmke (40 1/4 Jahre Dienzeit), Geschäftsführer Otto Brabe (41 3/4 Jahre Dienzeit), Gemeindeführer Franz Lehmann (40 1/4 Jahre Dienzeit), Landarbeiter Otto Kleinmühl (42 3/4 Jahre Dienzeit), s. Bitterer Friedrich Jahn (37 1/4 Jahre Dienzeit), Geschäftsführer Friedrich Wulfschlag (36 3/4 Jahre Dienzeit), Landarbeiter Georg Wietz (36 1/4 Jahre Dienzeit), Landarbeiter Otto Wietz (38 1/4 Jahre Dienzeit), Geschäftsführer Wilhelm Kühn (25 1/4 Jahre Dienzeit), Geschäftsführer Otto Mittelbach (25 1/4 Jahre Dienzeit), Geschäftsführer Gustav Schmidt (23 1/4 Jahre Dienzeit) — sämtlich im Dienste des Herrn Landrats von Zimmermann auf Bendorf —, ferner Arbeiterin Johanne Wiedt 30 Jahre im Dienste des Hofmarschalls Czetzky von Zerpitz auf Schöpsen, Arbeiter

Herbrand Sirch (23 1/4 Jahre Dienzeit), Hofmeister Helm Hopp (25 Jahre Dienzeit), Arbeiterin Anna Hoffmann (24 1/2 Jahre Dienzeit) — sämtlich bei Herrn Grafen zu Balde und Bymont auf Kiegeles, Ober-Geschäftsführer Gottfried Kretschmer 27 1/4 Jahre und Anwalt Hermann Wenzig 26 Jahre im Dienste des Herrn Amtsrats Sebele zu Domäne Schladebach, Schafmeister Gottlieb Rauf (42 3/4 Jahre Dienzeit), Hofmeister Ferdinand Jentsch (37 Jahre Dienzeit), Arbeiterin Gertrude Schöber (45 1/4 Jahre Dienzeit), Arbeiterin Amalie Zierbach (41 1/4 Jahre Dienzeit), Nachtmacher Wilhelm Haub (28 3/4 Jahre Dienzeit), dessen Ehefrau Arbeiterin Henriette Haub (28 3/4 Jahre Dienzeit), Arbeiterin Theresie Zimmermann (28 1/4 Jahre Dienzeit), Arbeiterin Anna Raumann (24 3/4 Jahre Dienzeit), Arbeiterin Emilie Raumann (23 3/4 Jahre Dienzeit), Arbeiterin Gertrude Richter (23 1/4 Jahre Dienzeit), Aufseher Friedrich Schulle (21 3/4 Jahre Dienzeit), Gärtner Wilhelm Neßtor (26 3/4 Jahre Dienzeit), Wäginist Anton Sautel (19 1/2 Jahre Dienzeit), Arbeiterin Henriette Radau (18 3/4 Jahre Dienzeit), Hofmeister Theodor Fickert (16 1/2 Jahre Dienzeit), Feldhüter Eduard Kalle (16 1/4 Jahre Dienzeit) und Hofmeister Hermann Wenzig (16 1/4 Jahre Dienzeit) — sämtlich bei Herrn Rittergutsbesitzer Otto in Wassenhof —. Anschließend hielt Herr Pastor Hopping von der Stadtmiffion in Halle einen Vortrag über das Thema „Welche Weltanschauung kann dem Landmann rechte Befriedigung gewähren? Er führte aus: Der Landmann ist der rechte Mensch, er hat nur Anspruch auf ein reines und echtes Leben, die Erde zu bebauen und zu ernten. Deshalb sollen wir uns nicht danach scheren, die Großstadtanschauung, jenes verdächtige Gift einer reinen Menschenseele, nachzuhaufen. Das rechte Verhalten mit all seinen uralten Vorzügen beruht aber einzig und allein auf der christlichen Weltanschauung; nur diese schafft und gibt uns Glück und Zufriedenheit. Der lebhafteste Beifall bezeugte, daß die Ausführungen des Vortragenden von der aus der Reihe der Beschäftigten im Publikum nicht nur bei den Herren, sondern auch bei den Damen, welche Anwesenheit auf das Saalgut gefordert werden müssen. Es kommt auf die Auswahl der Sorten an und der Garantie, daß diese auch wirklich eine bestimmte Reifezeitigkeit besitzen. Es ist daher sehr erfreulich, daß nur Landwirte in der Korporation der Saatgut-anerkennung, die jedes Landwirtschaftskammer angehören ist, eine Beobachtung haben, die uns einerseits vor Schäden und Nachteilen schützt, und andererseits wertvolle Vorteile und sichere Garantien bietet. Zum Schluß machte der Vortragende die Zuhörer mit den wesentlichen Bestimmungen für die Saatgutaneerkennung bekannt. — Eine lebhafteste Ansprache schloß sich an den Vortrag, der sich ebenfalls aufgenommen wurde, an, in der verschiedene Mitglieder der geneigten Erfahrungen zum besten gaben. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit herzlichsten Dankesworten gegen 7/8 Uhr.

** Einen wissenschaftlichen Vortrag über „Die Feuergefahren der Erde“ und „Die Verfestigung von Mefina“ hielt am Mittwochabend in der Kaiser Wilhelmhalle Herr Schriftsteller Krull vor einem zahlreichen Auditorium. Im ersten Teile seines Vortrages machte der Redner die Eisensteinen mit der Beschaffenheit des Erdinneren bekannt, erläuterte den Faltungsvorgang der Erdkruste und die damit verbundenen Begleiterscheinungen und gab ferner eine Erklärung über die Entstehung von Vulkanen und Erdbeben nach den heutigen Erforschungen der Wissenschaft. Eine Reihe prächtig kolorierter Lichtbilder zeigte naturgetreue Illustrationen der verschiedenen Bestandteile des Erdinneren. Im zweiten Teile seines Vortrages gab der Vortragende ein Bild von den ungeheuren Verwüstungen, welche Erdbeben und Vulkanen in den verschiedenen Erdteilen angerichtet haben. Mit dem Untergang von Pompeji begann, ging derselbe über die Jahrtausende hinweg bis zur Verfestigung von Mefina, zeigte an der Hand von naturgetreuen Aufnahmen die schrecklichen Verwüstungen, die das letzte Erdbeben in dieser Stadt angerichtet hat und machte die Zuhörer gleichzeitig mit den in neuerer Zeit gelungenen Ausgrabungen von Pompeji bekannt. Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seine ebenso interessanten wie lehrreichen Ausführungen zuteil. Zum Schluß führte Herr Krull die Anwesenden noch über den Halle'schen Kommet und seine Begleiterscheinungen auf, nach welchem der Vortragabend sein Ende fand.

** Die hierorts bekannten Leipziger Meßel-Sänger geben am nächsten Dienstag im „Casino“ eine Gastvorstellung. Freunde eines gesunden Humors machen wir schon jetzt auf diese Vorstellung aufmerksam.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

m Teubitz, 16. Febr. Bei der kürzlichen Verpachtung der circa 1100 Morgen umfassenden hiesigen Gemeindejagd wurde das Höchstgebot mit 980 Mk. abgegeben. Der Zuschlag wurde jetzt erteilt und zwar einem Herrn aus Halle. Der bisherige Pachtpreis betrug rund 600 Mk.

n Burgfals, 16. Febr. Die Pachtperiode der hiesigen Gemeindejagd war abgelaufen und deshalb eine Neupachtung notwendig. Die Gemeinde beschloß, die Jagd Herrn Gutsbesitzer Schneider-Schadenhof zu geben. Dagegen ist jedoch von einem Großgrundbesitzer der Umgebung Einspruch erhoben und gleichzeitig 150 Mk. mehr geboten worden, so daß der Pachtpreis rund 400 Mk. ausmachen würde. Es

bleibt abzuwarten, welcher der Herren die Jagd erhalten wird.

Frankleben, 16. Febr. In vergangener Nacht ist hier in die Eisenbahnstationsecke eingebrochen worden. Die Diebe erbrachen eine Schublade und nahmen die Gelbfärberei mit 3 Mk. Inhalt mit. Sonst wurde nichts weiter erbeutet, da die Diebe den Gelbschrank, der in demselben Zimmer stand, nicht bemerkt hatten. Die Diebe blieben bis jetzt unermittelt.

Klein-Bauchstedt, 16. Febr. Die hiesige Lehrerversammlung ist seit dem 1. Oktober v. J. vakant, da der leitende Inhaber aus dem preussischen Lehrerdienst ausgeschieden und an das Konservatorium übergetreten ist. Die Stelle mußte daher durch Herrn aus der Umgebung vertreten werden und soll jetzt neu besetzt werden.

Dürrenberg, 16. Febr. Man schreibt uns: Die Stelle des Direktors der Saline, Saline Dürrenberg ist dem Bergat Hilgenfeldt, Bergrevierbeamten des Bergreviers Wolf-Saarbrücken, vom 1. März d. J. an übertragen worden. Bergat Hilgenfeldt ist seit seinem im Jahre 1892 abgelegten Abgangsexamen fast ununterbrochen im Saargebiet tätig gewesen. Als Bergassessor und Hilfsarbeiter war er bei der Berginspektion Peitz von 1892 bis 1898 beschäftigt, in welchem Jahre seine Berufung als Berginspektor an die Berginspektion Saalfeld erfolgte. Schon 2 Jahre später kehrte er wiederum in das Saargebiet zurück, um seit dieser Zeit als Bergmeister und Bergrevierbeamter des Bergreviers Wolf-Saarbrücken zu wirken. Die Nachricht von der Berufung des Bergats Hilgenfeldt wird in den Kreisen seiner Kollegen und seiner zahlreichen Freunde und Bekannten seines Scheidens aus dem Saargebiet wegen nur ungern vernommen werden. — Mit der Berufung der Direktorstelle wollen wir den Wunsch verknüpfen, daß es Herrn Bergat Hilgenfeldt gelingen möge, das gute Einverständnis zwischen der Saline und den am Salbad Dürrenberg interessierten Gemeinden wieder herzustellen, was der Vorgänger durch seinen Bureaukratismus so völlig nebensächlich behandelt hat. In diesem Sinne dem neuen Leiter der Saline ein herzlich willkommen!

Kochleben, 16. Febr. Am Montag abend fand hier eine öffentliche liberale Wählerversammlung statt, die ebenfalls, wie in Merseburg, sehr zahlreich besucht war und einen für den Liberalismus nachsichtigen Verlauf nahm. Gutsbesitzer Wilhelm Koch sprach über das Verhalten der Konservativen bei der Reichstagsreform und kritisierte scharf die egoistische Stellungnahme der drei Abgeordneten unseres Wahlkreises, die vollständig im Sinne des Bundes der Landwirte stehen. Der zweite Redner, Schriftsteller Schöler, erläuterte die Wahrscheinlichkeit und gerechtfertigten Ausforderungen unter dem liebsten Beifall der Zuhörer dieses jämmerlichen Mach- und Stichwerk. Gleiches Recht für alle war die Hauptforderung, die er stellte und damit fand er die vollkommene Zustimmung seitens der Versammlung. In der Debatte sprach ein Nationalliberaler, der den Ausführungen der beiden Redner in allen Punkten zustimmte, sich aber nicht für eine Befestigung der Klassenwahl ermaßen konnte. Ein Sozialdemokrat, der mit den üblichen Volksblatttrudeln aufwartete, wurde von Herrn Schöler glänzend abgefertigt und mußte einen schmachvollen Rückzug antreten.

Was vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 9 Jahren, am 17. Februar 1820 ist zu Verdun in Belgien der berühmte Violinist, Komponist Karl Beuztemps geboren. Bereits als 13jähriger Knabe begann er zu komponieren und war dann lange Zeit behändig auf Klavieren. Später wirkte er mit großem Erfolge als Lehrer am Brüsseler Konservatorium, bis er 1878 durch eine Fälschung der linken Hand genötigt war seine Entlassung zu nehmen. Er starb 1891 in Alger, wo er sich zur Stärkung seiner Gesundheit begeben hatte. Er vereinte als Virtuos wie als Komponist die Göttergüte der deutschen mit der Grazie und dem Glanz der französisch-belgischen Schule. Seine Geigenkonzerte, Walloden u. a. m. gehören zu den wertvollsten Kompositionen der gesamten Geigenliteratur; aber auch seine Quartette, Sonaten und Orchesterwerke zeigen überall den genanten und klaffsch gebildeten Musiker.

Wetterwarte.

18. Febr.: Ziemlich heiteres, trodenes Wetter mit Nachtfrost und Reif, Tag milde. — Wetterumschlag in Aussicht! — 19. Febr.: Ziemlich trübes, etwas wärmeres, windiges Wetter mit Niederschlägen.

Gerichtsverhandlungen.

Das Urteil im Mansfelder Aufrührerprozess. Halle, 16. Febr. Heute abend 7 Uhr wurde im Mansfelder Aufrührerprozess das Urteil gesprochen. Das Gericht erkannte wegen Brandverleumdung gegen Zoske auf ein Jahr Gefängnis, gegen Marcjet und Schäfer auf je 9 Monate Gefängnis, gegen Rocamarec auf 8 Monate, gegen Regel auf 1 Jahr 1 Monat, gegen Helert auf 10 Monate, gegen Wächter auf 7 Monate und gegen Frau Antonie Müller auf 6 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Kiel, 15. Febr. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren wegen Beamtenehehung gegen den Ganganzweyher Hefekermann in Altona, früher in

Kiel, und gegen den Ingenieur Heinrich, den Sohn des im Verprozeß freigesprochenen Nagazindirektors Heinrich, eingeleitet.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Ueber eine wichtige Entdeckung auf dem Gebiete der Chemie berichtet der Berliner Lokal-Anzeiger. Danach soll es der Madame Curie bei der Analyse des Uranium mit ihrem Gatten die berühmten Untersuchungen über Radium und die Radiumpräparate gemacht hat, gelungen sein, ein Element Polonium zu isolieren. Die Umgehung des Poloniums in Helium und in einem noch unbekannten Körper, der vielleicht Blei ist, vollzieht sich außerordentlich rasch. Frau Curie brachte etwa 6000 Polonium-Precipitate, um ein Zehntel Polonium Polonium zu gewinnen, dessen Vorhandensein etwa 5000 mal seltener ist als das des Radiums. An Radioaktivität wird das Radium vom Polonium weitaus übertroffen.

Das Wettrennen zum Südpol. Der Kampf um den Südpol, der jetzt zu gleicher Zeit von einer amerikanischen und einer englischen Expedition aufgenommen wird, nimmt den Charakter eines sportlichen Wettkampfes an, in dem neben den wissenschaftlichen Zielen der nationale Ehrgeiz der beteiligten beiden Völker zum treibenden Hauptfaktor wird. Die britische National-Expedition, die Kapitän Scott führt, folgt der früheren Route Scotts und Shackletons, während die Amerikaner von der amerikanischen Seite aus zum Pol vorrücken wollen. Der Wettlauf beginnt am 1. Dezember, der gleiche Tage ihr Werk beginnen, die Wäner wissenschaftlicher Zusammenarbeit sind bereits entworfen, und das Publikum ermüdet mit leidenschaftlichem Eifer die Chancen der beiden Parteien. Beary, der Organisations der amerikanischen Expedition übernimmt die Leitung der Forstherbar übernimmt Kapitän Bartlett — hat sein Schiff, die „Tussock“, zur Verfügung gestellt und als Hauptmann für den gewertholischen Wettbewerb, der nach seiner Ansicht, das aufregendste menschliche Ereignis sein wird, das die Welt erlebt hat. Die amerikanische Expedition wird Anfang November ihr Seimatland verlassen; sie zählt 20, vielleicht auch 25 Mitglieder. Am 1. Dezember werden in Punta Arenas im Süden Chiles die letzten Kosteln und Vorräte an Bord genommen. Demnach wird nach Scotts Route vorrücken, bis zum Südpol vorbringen zu können. Vom 78. Grad ab ist das Gebiet völlig unerforscht. Die Engländer dagegen bezug eine Route, die bis auf die letzten 100 Meilen zum Pole durch Scott und Shackleton schon genau bekannt ist. Sie kennen also die Schwierigkeiten genau, die ihnen harren, während die Amerikaner vom 78. Grad ab folgen im Dunkel des letzten Meilen. Aber auch jetzt sind die Vorkenntnisse für den südpol amerikanischen Polarforscher Wellmann, der kaum bleibt in der Familie, denn Männer angestrichelter Rasse werden es sein, die zuerst den Südpol betreten.

Vermischtes.

Die neue Schwefelwasserstoff (Frankreich). Aus Paris wird gemeldet: Infolge großer Schwärmen für der telegraphische Verkehr mit Italien, der Schweiz, Deutschland und Österreich außerordentlich behindert und erleidet große Verzögerungen. — Infolge neuen Siegens der Seine sind Maßnahmen getroffen worden, um verschiedene Grundstücke, die durch den Wassersturz fließend räumen zu können. Man rechnet auf ein weiteres Steigen um 30 Zentimeter. Auch in Neuilly-Maisance sind wieder Überschwemmungen eingetreten. Einige Straßen des Stadtviertels Basse sind von neuem überschwemmt. Mehrere Brücken in Varenne und Champigny, sowie andere Barotten drohen ebenfalls überflutet zu werden.

Der Mord in Wogaslau. Nach einer Meldung aus Pleschen soll der des Mordes verdächtige Rosinski jetzt gefangen haben, den achtjährigen Raubmord in Wogaslau begangen zu haben. Er will den Mord allein in einer halben Stunde ausgeführt, sich dann Sachen der Ermordeten angeeignet und die blutbesiedelten Uniformstücke im Getreideboden versteckt haben.

Größte Eisenwerk in Berlin (Möbelfabrik). In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch brach in der großen Möbelfabrik von Frau Vinke in Berlin, Köpenicker Straße, gegenüber der Garde-Kaserne, Großfeuer aus, das das Eisenabfallwerk vollständig in Asche legte und erst am Mittwoch abend vollständig gelöscht werden konnte. Es waren vier Dampfmaschinen und acht Handpumpen in Zündung, die ungeachtet der Anwesenheit der Feuerwehrgesellen glücklicherweise. Mit Donnerpolster erfolgte der Einsturz des Treppenhauptes, dem am Spätnachmittag der des großen eisernen Ankerstahls folgte. Die alten, nicht massiven Gebäude brannten vom 1. bis zum 4. Stockwerk. Die Feuerwehr mußte sich dabei hauptsächlich auf den Schutz der benachbarten Fabrikabfallwerke beschränken. Durch die stark rauchentwickelnde und die enorme Hitze wurden leider auch zwei Handwerker und mehrere andere Feuerwehrlente leicht, einer schwer verletzt. Die Hitze war so intensiv, daß die Granitsteine der Treppe barsten.

Mehrere Revolverattentate wurden in den letzten Wochen in Bremer während der Abendstunden aus dem Hinterland verübt, wobei barmhertige Passanten bedeutende Verletzungen erlitten. Am Montag abend wurde abermals ein vierjähriger Knabe durch einen Schuß unterhalb des Armes schwer verletzt. Einigen Passanten gelang es, den Täter, einen achtzehnjährigen Burken, zu ergreifen, dem auch die übrigen Verbrechen zur Last gelegt werden.

Furchtbare Explosionkatastrophe. In der chemischen Waschanstalt von Hübner in Köln ereignete sich am Montag eine Explosion. Der Sohn des Inhabers wurde tödlich verbrannt. Zwei auf dem Hofe beschäftigte Arbeiter trugen schwere Verletzungen davon. Ein in dem angrenzenden Hause wohnender älterer Arbeiter erlitt erhebliche Brandwunden. Auch zwei vorübergehende Arbeiter wurden hart verbrannt. Sämtliche Opfer der Katastrophe wurden ins Krankenhaus gebracht.

Ueber eine Vergiftungsaffäre in Stockholm berichtet ein dortiges Blatt. Der Zeitung „Dagens Nyheter“ zufolge soll Reichsmarschall Freiser v. Essen plötzlich infolge einer Speisevergiftung erkrankt sein. Die Ärzte und die Familie wollen sich über die Erkrankung nicht äußern, aber mehrere Personen, die kürzlich mit dem Reichsmarschall an einer Mittagstischgesellschaft teilgenommen

haben, sind gleichfalls von heftigen Magenkrämpfen befallen worden. Der Zustand des Reichsmarschalls war in der letzten Nacht etwas besser. Man vermutet, daß die Vergiftung auf einen Nachtigall gegen einen der Teilnehmer an dem Essen zurückzuführen ist. Nach einer späteren Nachricht aus Stockholm war der Zustand des Freisers v. Essen am Dienstag freilich. Auch der Wirt der Gesellschaft, der frühere Oberkammerherr Zumm und seine Gattin sind bettlägerig. Frau Anna Wollenberg, geborene v. Sadow, ist gleichfalls schwer erkrankt. Die Untersuchung hat bisher nicht ergeben, in welcher Speise das Gift enthalten war.

Ueber ein großes Dampferschiff (Methel) meldet der Drais von Grimstad (Norwegen). Der bänische Dampfer „Gambodor“, mit Schickart und Holzladung von Frederikstad nach Südbrasilien, ist nach bei Sinesos untergegangen. Der Dampfer „Actis“ rettete dreizehn Mann der Besatzung. Ein Boot mit sechzehn der Schiffbrüchigen wird vermisst.

Befahrtevolle Ballonfahrt. Aus Kragerö in Norwegen wird gemeldet: Nach gefährlicher Schiffsahrt über die See sind hier im Walde zwei Dresdener Aufsteiger, die Herren Hans Rudolph aus Berlin und Donath unter großer Schwierigkeiten gelandet. Sie waren am Dienstag morgen gegen 7 Uhr bei Dresden aufgetrieben, hatten gegen 8 Uhr vormittags, Rühen um 6 1/2 Uhr nachmittags polstert und waren um 10 Uhr abends nach Koppenhagen gekommen. Von einem für die Herren Schaeffer wurden sie dem über Skagerrak und Kattegat getrieben. Am 4. Uhr morgens fanden sie sich wieder über Skotland in Norwegen. Sie brachten den Ballon sofort zum Fallen. Die Landung erfolgte mit großer Seichtigkeit. Der Ballonfahrer Rudolph soll eine Rippe gebrochen haben, sein Begleiter soll am Hüften und an den Hüften schwer verletzt sein, doch ist selber eben außer Gefahr. Rudolph reist am Donnerstag nach Deutschland ab, ist also unversehrt; der zweite Gelandete ist nicht rettungslos.

Wandlamine. Aus dem Stubaialtal wird gemeldet, daß die im Saugen Lake getragene, der Sektion Mittenberg des Alpenvereins gebührende dreihöckerige Mittenberger Hütte durch eine Wandlamine vollständig zerstört worden ist.

Verlorener Dampfer. Nach einer Meldung aus Amerika ist der Dampfer „Brin Wilhelms II“, der am 21. Januar Amsterdam verließ und am 8. Februar in Buranaio eintreffen wollte, dort bis heute noch nicht anlangt. Es herrscht darüber große Besorgnis. Die Passagierliste des Dampfers enthält auch einige deutsche Namen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Febr. Gestern abend nach einer Protestversammlung gegen die Wahlrechtsvorlage zog ein Demonstrationszug durch die Neanderstraße, als plötzlich ein Eimer heißen Wassers aus einem Fenster auf die Demonstranten gegossen wurde, ohne jedoch Schaden anzurichten.

Kiel, 17. Febr. Die Kreuzer „Dresden“ und „Königsberg“ kollidierten in der äußeren Kieler Förde. Infolge des Verlegens der Steuerung stieß die „Königsberg“ gegen die „Dresden“ und brachte diesem Schiffe an der Backbordseite nahe der elektrischen Maschine ein großes Loch bei. Der „Königsberg“ wurde der Rammsporn verlohren und der Steven beschädigt. Bei beiden Schiffen ist in mehrere kleine abgeschüttelte Räume Wasser eingedrungen. Verletzt wurde niemand.

Kiel, 17. Febr. Die Kreuzer waren dabei, während der Fahrt Minen zu legen, als auf „Königsberg“ plötzlich der Ruderapparat verlegt und er gegen die „Dresden“ fuhr. Um klar zu sein, daß eine Kollision zu befürchten war, wurden die Maschinen auf rückwärts gestellt, der Zusammenstoß war aber nicht mehr zu vermeiden, und „Dresden“ wurde an Backbordseite ziemlich schwer getroffen. Es entstand ein Loch, das wohl eine mehrtägige Reparatur auf der Werft erfordern wird. Nachdem auf „Dresden“ sofort das Kommando „Schotten dicht“ ausgeführt worden war, wurde zunächst das Minenmanöver fortgesetzt, dann lief der Kreuzer nachmittags gegen 3 Uhr in die Kaiserliche Werft in Kiel ein, eben die „Königsberg“, die am Zug beschäftigt werden soll.

Petersburg, 17. Febr. Der Kohlen-Großhändler und Millionär Michael Wlinsky wurde wegen großer Verlegungen beim Ankauf von Kohlenländereien für 60 000 Rubel, deren realer Wert 3 Millionen beträgt, verurteilt. Ebenso zwei Ingenieure und eine Reihe anderer Personen. Es handelt sich um Kohlenländereien.

Kopenhagen, 17. Febr. Der bei Sinesos getranbete bänische Dampfer „Kambodia“ ist jetzt völlig an Sinesos an der Seite gebrochen und in den Wellen verstimmt. Von den vermissten 16 Mann der Besatzung fehlt noch jebe Spur. Eine Reihe ist bei Grimstad an Land gespült worden.

Berliner Getreide- und Produktenerker.

Berlin, 15. Februar.

Am Getreidemarkt ging es mangels Anfrage wieder sehr still zu. Das Weizengeschäft war äußerst geringfügig; die Preise lagen auf Vorkurs der Kommissionshäuser leicht nach. Roggen ermatete infolge härteren Anlagesangebots. Die Mägen waren als Abgeber am Plage. Futtermittel waren vernachlässigt. Rohöl nachgefragt. Wetter: schön.

Weizen rot, im. 225,00—227,00 Mark.
Roggen rot, im. 161,00—162,00 Mark.
Hafer fein 174,00—182,00 Mk., do. mittel 188,00 bis 178,00 Mark.

Weizenrot im. 00 brutto 27,00—30,50 Mk.
Roggenrot im. 00 und 1 19,70—21,70 Mk.
Gerste im. leicht 142,00—149,00 Mk., do. schwer 131,00—139,00 Mk., do. rot 150,00—160,00 Mk., do. rot 131,00—135,00 Mark.

In das Handelsregister B Nr. 7 betr. die **Mitteldeutsche Privatbank, Aktiengesellschaft**, Zweigniederlassung Merseburg, ist heute folgendes eingetragen: Die Bankdirektoren **Franz Louis Ernst** und **Max Gentner** in Dresden sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt worden.
Merseburg, den 12. Februar 1910.
Königliches Amtsgericht, Abt. 4.

Zwangsvorstellung.

Im Wege der Zwangsverwaltung sollen die in Merseburg belagerten, im Grundbuche von Merseburg Band 80 Blatt 1822 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Landwirts **Karl Benemann** zu Merseburg eingetragenen Grundstücke:

Kartenblatt 6, Parzelle 512/110 Acker, Plan 888 b, 1 ha 61 a 70 qm mit einem Grundsteuerbeiträge von 9,42 Talern,
Kartenblatt 6, Parzelle 511/110 Acker, Plan 888 a, 30 qm mit einem Grundsteuerbeiträge von 601 Tlr., Grundsteuerbeiträge R. 828

am **9. April 1910**,
vormittags **10 Uhr**,

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.
Merseburg, den 12. Februar 1910.
Königliches Amtsgericht.

Die Jagdnutzung

auf dem gemeinschaftlichen Jagdgebiet der Gemeinde Reipisch, enthaltend ca. 880 Morgen, soll

Dienstag den 1. März or.,
nachmittags **3 Uhr**,
im Gasthose des Herrn **H. Erbis** zu Reipisch öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Jagdbedingungen werden im Termine bekannt gemacht.
Reipisch, den 12. Februar 1910.
Der Jagdvorsteher.

Weisse Mauer 7

ist eine Wohnung von 5 Zimmern, Gas, Innenloset und Toiletten zu vermieten.

Wohnung, 2 Stuben, Kammer und Küche, sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen. Preis 280 Mark.

Gottbarstraße 36, im Laden.
Barriere Wohnung, 300 Mk., sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen
Vindenzstraße 19.

Sonnige Wohnung,

1-3 St., mit 2-3 Zimmern und Zubehör, ist 250-350 Mk. per sofort von Beamten gesucht. Offerten unter **OS** an die Exped. d. Bl.

Freundliche bessere Schlafstellen offen
Am Neumarkt 1, Sinterb.

Suche zur 1. s. St. 1/4 ab 1/7.

15-18 000 Mk. auf mein f. G. Grundstück zu leihen. Offerten unter **U B 9204** an **Hindl Hoffe**, Halle S.

Laden,

nur in bester Geschäftslage, zur Errichtung einer Filiale zu mieten geeignet.
Zähringer Eck, Ladenhaus, Erfurt

20 Zentner Seilstroh

zu verkaufen Preis R. 18.

Gebrauchte Kutschwagen, Hinterlader und Droschken preiswert zu verkaufen.
E Uhlig Neumarkt 52.

1 Paar große Lärzschweine stehen zu verkaufen **Reisen Nr 1**

Gebrauchte Hobelbank zu kaufen gesucht.
Friedr. Sauer Neumarkt 45.

Herren- und Damenmasken in größter Auswahl vorrätig zu billigen Preisen.
Anton Anna Ruf, Hofmarkt 28.

Das schönste ist eine **Confirmationsgeschenk** eine **gut gehende Uhr**.

Wilh. Schüler, Uhren und Goldwaren, Markt 27.



Willkommen

ist bei den jetzigen teuren Zeiten in jedem Hause ein billiges und dabei wohl-schmeckendes Getränk. — Als solches findet von Tag zu Tag größere Verbreitung — **Kathrein's Malzkaffee**.



MESSMER'S
AUSGEWÄHLTE FEINE
THEE-
SORTEN
100g Pakete Q55 Mk - 140 Mk
C. L. Zimmermann, Burgstraße 15.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen
Zentral-Ankaufsstelle
für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
Halle a. S.
Merseburger Str. 17-19 **Fernsprecher 1164**
empfeilt sofort ab Lager lieferbar:
Düngerstreuer „WESTFALIA“
mit Patent-Baugstellung
Alleinvertretung
der preisgekrönten Original **Osterland'schen**
Kartoffel-Pflanzloch- u. Bearbeitungs-Maschinen
von **Woeche-Hinsdorf**
und der
Kupke'schen Reihenzieher
für Federbetten, bis 1/2 Meter Breite.

Bandwurm mit Kopf
wird auch in vielen hartnäckigen Fällen (Smermel) in 2-3 Stunden entfernt durch „**Solitaenia**“, ein schädel, wohlgeschmecktes Pulver, das bei allen Darmkrankheiten, auch bei Waden- und Spulwürmern, eine gründliche Darmreinigung bewirkt. Keine Abfälle! Kein Brechreiz! Nur „**Solitaenia**“! 100 Kapseln, 2,50 Mk., für Kinder 1,50 Mk., 50 Kapseln, 1,25 Mk. franco. Bestellt: **Dietrich, Grossmarkt 19, Friedrich 2, am Markt, 10, Halle a. S.** **Erhältlich in allen Apotheken.**



MIGNON-KAKAO SCHOKOLADE
p. Pfund 80, 150, 200 u. 240 Pfg.
Alleinige Fabrikanten:
David Söhne Halle a. S.
A.-G.
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.
Anerkannt vorzügliche Qualitäten.

Achtung!
Empfehle frisches fettes junges **Roskfleisch**
a Pfd. 85 Pfg.
W. Naundorf, Liefer-Acker.
Adolf Kunecke,
Gutenbergstrasse 1
empfiehlt:
Große süße Apfelsinen, Pfäumen, Pfd. 20 Pf., Kaka, gar. rein, Pfd. 1 Mk., Bruch-Schokolade, Pfd. 85 Pf., Tägl. frische Bücklinge.
Entzückend
soßig, zart und blendendweiß wird die Haut nach kurz. Gebrauch der allein echten **Villemilchseife „Südfern“** von prachtvollem Wohlgeruch von **Bergmann & Co., Berlin, 50 Pf.** pr. Stk.
Dom-Apothek, Stadt-Apothek, Dr. Birt, Seifenfabrik.

Flechten
nässende und trockene Schuppenflechte, Ekzeme, Hautausschläge aller Art
offene Füße
Fehlschäden, Beirgeschwüre, Aderheine, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig; wer bisher vergeblich hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten **Rino-Salbe**
frei von schäd. Bestandtl. Dose M. 1,15 u. 2,25.
Dankschreiben gehen täglich ein.
Nur echt in Originalpackung weiß-grünrot u. Fa. **Schubert & Co., Weinböhls-Dresden.**
Fälschungen weisen man zurück.
Zu haben in den Apotheken.

Reiseförbe,
eigenes Fabrikat, **Fahrfortelle**
Otto Müller, **Adharmstraße 14.**
Rilafschuhe und Pantoffeln, Einlege- und Aufnähsohlen
empfiehlt zu billigen Preisen
Aug. Prall, **Burgstraße.**

Eine ganze Armee
Kinder in großem Maße mit **Carl Kochs Nährzwieback**, denn derselbe ist sehr wohlschmeckend, liefert höchsten Nährwert, befördert die Verdauung, stärkt den Gendarmen, verhindert die Kinderkrankheiten, als Nahrung, Strophule u. da er die Bestandteile einer guten Nahrung mit den der Muttermilch eigenen Nährsalzen und Phosphaten vereint.
Zu haben in Tüten u. Paketen a 10, 20, 30 und 60 Pfg. bei:
H. G. Sauerhahn, **Rast, Gustavstraße 10;**
Oberburgstraße;
Walter Bergmann, **Gottbarstraße 10;**
Carl Schmidt, **Unterlentenburg;**
Wilhelm Ritterich, **Gottbarstraße;**
Ed. Eber, **Hallestraße;**
Kaufmann, **Leine-Ritterstraße;**
A. Kaufmann, **Leine-Ritterstraße;**
Kranich, **Wid., Halle;**
Kennart b. **Merseburg;** **Gustav Erfurt;**
Groß-Kayna; **Lita May;**
Siedler; **L. Schmidt;**
Walden; **W. Adel;** **Badermeister;**
Sattler b. **Leipzig;** **G. Roth;**
Staden; **Bernh. Hempel;**
Staden; **Paul Hüper;** **Wendeburg;**
Hadenell; **Albert Zaeger;**
Reimbort; **Reinh. Dietrich;** **Wm. Nagel;**
Gröber; **Gerhard Schwarz;**
Rausch; **Langenberg;**
Schaff; **Stammer;**
Kleber; **Ed. Schaff;** **Emma Dobrich;**
Reimbort; **H. Erfurt;** **Lita Weinroth;**
Badermeister; **Leipzig;** **Witten.**

Militär
-Reklamations-Formulare
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rössner,
Merseburg, **Clarastr. 9.**

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von **L. H. Hoyer**, Merseburg.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Abholung von unserm Ausgabestellen; bei Befellung ins Haus durch unsere Aussträger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Vierteljahr durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf. Postgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit beweislicher Quellenangabe gestattet. — Für Rückgabe unersandter Einbringungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sseitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgegend 10 Pf., ferne Anzeigen 25 Pf., auswärts von Seite 20 Pf., im Restameteil 40 Pf. Bei komplizierterem Satz entsprechend höherer Aufschlag. Gebühre für Überarbeiten nach Uebereinstimmung. Für Nachverordnungen und Eifererentnahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Vorkostenzuschlag. Größtmöglicher Werbefortschritt. — Annahmestunde für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 41.

Freitag den 18. Februar 1910.

36. Jahrg.

„Tradition“.

Das Schlagwort des Stillstandes.

In den letzten Reichstagsdebatten über den Militär-Etat spielte die „Tradition“, eines der beliebtesten Schlagwörter, wieder eine außerordentlich große Rolle. Auch bei dem Begriff „Tradition“ stehen sich, wie bei so vielen Dingen im menschlichen Leben, zwei Richtungen einander gegenüber. Die eine hält die Tradition hoch und heilig, findet in ihr eine Grundlage des Heeres und seiner Erfolge und Siege, die andere verwirft sie vollkommen und betrachtet sie nur als ein Gemüths erbe gesunde, vernunftgemäße Entwicklung, als eine Dauer überlebter alter Formen und Anschauungen, die sich dem Fortschreiten moderner Ansichten entgegenstellt und deshalb je eher, je besser überwunden werden müßte. Es geht mit dem Worte Tradition, wie mit so vielen Schlagworten, die man ihrer Kürze wegen gern gebraucht, daß sie leicht mißverständlich sind, daß jeder etwas anderes darunter versteht und daß sie bei weitem nicht das ausgedehnte Gebiet, auf das sie angewendet werden, vollständig bedecken.

Kein Heer, kein Staat, keine Familie kann ohne eine gewisse Tradition bestehen. Im großen und kleinen Rahmen vererben sich Anschauungen, Sitten und Gebräuche. Man kann sie nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen und beseitigen. Jede Entwicklung muß an das Bestehende anknüpfen, und auf dem Gegebenen weiterbauen. Nur nach großen Katastrophen, wie wir es in Preußen 1806/07 und die Franzosen 1870/71 erlebt haben, ist es möglich, das ganze Heer- und Staatswesen auf durchaus neuem Boden aufzubauen. Soweit also die Tradition darin besteht, daß bewährte alte Grundsätze und Anschauungen, Einrichtungen und Erfahrungen so lange beibehalten werden, als sie zweckmäßig und zeitgemäß sind, kann man sie als berechtigt bezeichnen. Aber auch nur so lange!

Etwas anderes ist es aber, wenn die vielzitierte Tradition dazu benutzt wird, um Mißbräuche zu bedecken und vernünftige Reformen zu verhindern. Und die Gefahr liegt nahe, daß ein an und für sich richtiges Bestreben und gutes Wort dann in falscher Weise ausgenutzt wird. Unfehlbare Fehler, falsche Ansichten, veraltete Anschauungen lassen sich nie mit einer Tradition begründen und entschuldigen. Geschichte es dennoch, so muß in schärfster Weise dagegen eingeschritten werden. Wir wollen nicht blindlings das Bestehende einreisen, aus Lust am Fortschritt, sondern wollen nur einem gesunden Fortschritt für und vor öffnen. Wenn einem derartigen Beginnen allerdings dann einfach ohne jede weitere Begründung nur das

wenigsten hat die liberale Presse und die Vertreter der liberalen Parteien im Reichstag zu diesem guten Ergebnis beigetragen. Aber diese bilden in ihrem Bestreben und Arbeiten nicht nachlassen, damit die weitere Entwicklung sich ebenfalls in gesunden Bahnen bewegen und die noch vorhandenen Mißstände beseitigt werden. Dazu ist es aber notwendig, daß der Wert und die Bedeutung der Tradition im Heere richtig gewürdigt wird und daß dem Verstand, mit diesem Worte die Befestigung vorhandener Mißstände zu verhindern, stets rechtzeitig entgegengetreten werde.

Zur Wahlrechtsvorlage.

Der freisinnige Wahlrechtsausschuß hat an die Vereine der linksliberalen Parteien Preußens ein Schreiben gerichtet, unterzeichnet von den beiden Fraktionsvorsitzenden Dr. Wiemer und Dr. Bachnick, worin es heißt: „Die preussische Wahlreform ist in ein neues Stadium eingetreten. Die Vorlage der Regierung bringt zwar die Befestigung der lästigen indirekten Wahl, sie enthält aber nicht die geheime Wahl und verschlechtert durch Schaffung neuer Privilegien das preussische Wahlrecht noch weiter zu ungunsten des Mittelstandes und der arbeitenden Bevölkerung. Dieser Vorlage gegenüber muß ein Sturm der Entrüstung durch das ganze Land gehen! Wir bitten unsere Vereine, in Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen gegen die Wahlrechtsvorlage und für die Einführung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen. Material für die Verhandlungen liefern die Druckschriften des Wahlrechtsausschusses; eine in den nächsten Tagen erscheinende neue Broschüre wird auch die Wahlrechtsvorlage und eine Kritik derselben enthalten.“ — Diese Aufforderung wird auf fruchtbaren Boden fallen. Schon jetzt ist der Wunsch aus freisinnigen Kreisen nach Rednern und Aufklärungschriften außerordentlich groß.

Der freisinnige Landtagsabg. Delius-Halle, der in seinem bürgerlichen Beruf bekanntlich Postbeamter ist, spricht sich auch in der „Saale-Ztg.“ energisch gegen die in der Wahlvorlage enthaltene Privilegierung der Beamten aus. Mit Recht sagt er, die Beamten sollten sich bei dieser Einschätzung harter werden lassen, daß ihre Ansehen dadurch in keiner Weise gehoben wird: „Ansehen und Achtung bei seinen Mitbürgern kann man nur erwerben, wenn man im Besitze der nötigen Charaktereigenschaften durch seine Tätigkeit zeigt, daß man das notwendige Maß von Bildung, ganz gleich, wie und wo dasselbe erworben ist, und gereifte Lebenserfahrung besitzt. Diese letztere Eigenschaft insbesondere kann nicht durch irgend einen Berechtigungschein erworben werden, sie wird nur erlangt in der Schule des Lebens. Und da sollte man meinen, müßte sie in den sogenannten freien Berufen mindestens ebenso häufig anzutreffen sein.“

Dehalb ist es für mich ganz klar, daß auch die anderen Parteien dieses sogenannte Bildungsprivileg ablehnen werden. Die Beamtenerschaft kann sich nur gratulieren, wenn dieser neue Stein des Anstoßes möglichst schnell beseitigt wird. Das so dringend notwendige gute Einvernehmen zwischen Selbstbetrieblern und freien Gewerbetreibenden kann dadurch nur gewinnen. Das Privileg würde eine neue künstliche Schranke sehr zum Schaden unseres Vaterlandes aufrichten.“

Im Interesse des gewerblichen Mittelstandes verlangt Delius alsdann die geheime Wahl: „Man braucht nur die Wählerlisten bei einer öffentlichen Wahl durchzusehen und wird finden, daß der Prozentsatz der Nichtwähler gerade unter den Geschäftleuten besonders groß ist. Und doch leuchtet diese traurige Tatsache ohne weiteres ein. Man braucht sich ja nur der Berliner Landtagswahlen zu erinnern mit dem von sozialdemokratischer Seite ausgeübten Terror. Hier zeigte sich der Terrorismus von unten, während wir in zahlreichen anderen Fällen ihn von oben haben. Es wird deshalb kein Mensch einem

Geschäftsmanne verargen können wenn er seine wirtschaftliche Existenz nicht leichtfertig auf Spiel setzt. Ich behaupte: das öffentliche Abstimmungsverfahren hält weit Kreise des staaterhaltenden Mittelstandes von der Wahlurne und damit vom politischen Leben fern. Ein solcher Zustand kann unmöglich im wohlverstandenen Staatsinteresse liegen.“

Abg. Delius betont schließlich, daß es die Aufgabe der Freisinnigen sein werde, den gewerblichen Mittelstand diejenige Position zu sichern, die er nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung und nach seiner gesellschaftlichen Stellung unbedingt beanspruchen darf. „Jetzt bietet sich für alle Freunde des Mittelstandes, auch für diejenigen, welche sich immer als patentierten Freunde desselben betrachten, Gelegenheit zu zeigen, ob hinter den hochtönenden Worten auch die Taten stehen.“

Der Hanja-Bund ist als wirtschaftliche Vereinigung und gemäß seiner Zusammenfassung aus Mitgliedern der verschiedensten politischen Parteien zu einer Auserwählung der Wahlreform nur so weit berechtigt und verpflichtet, als es sich dabei um die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie und um wirtschaftliche Fragen handelt. Er erläßt daher folgende Rundgebung: „Die Vorlage der Staatsregierung verstößt in wesentlichen Punkten gegen die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, obwohl diese mehr als zwei Drittel der Staatskassen tragen. Der Hanja-Bund fordert: Die Einteilung der Wahlkreise, die bisher in erster Linie auf die landwirtschaftlichen Interessen zugeschnitten war, hat, und zwar in völlig gleichem Umfange, auch den kaufmännischen und gewerblichen Interessen Rechnung zu tragen. Erforderlichenfalls ist die Zahl der Abgeordneten zu vermehren. Die neu geschaffenen Siege sind denjenigen Wahlkreisen zuzuwenden, in denen Handel, Gewerbe und Industrie besonders hervortreten. Die in den §§ 8, 9 und 10 des Entwurfs geschaffene einseitige und willkürliche Unterscheidung der Wähler widerspricht den modernen wirtschaftlichen Anschauungen. Im Gegensaße zu den Bestimmungen des Entwurfs sind auch die gewerblichen, industriellen und kaufmännischen Kreise, unabhängig von der Steuerleistung, zu berücksichtigen. Dies hat sich vor allem auf Mitglieder von Handels-, Handwerker- und Gewerkschaften, auf selbständigen Handwerker, die die Meisterprüfung bestanden haben und auf Angestellte, die eine höhere oder mittlere Handelsschule oder technische Schulen besucht haben, zu erstrecken.“

Was für Legenden die Bündlerführer ihren gläubigen Anhängern aufzuspinnen wagen, davon legt eine Rede des Abg. Dr. Hanja in der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte für die Provinz Hannover, die am Sonntag in Hannover stattfand, erneut Zeugnis ab. Dr. Hanja band da seiner Zuhörer auf, die Wahlreifeinteilung sei „organisch erwachsen“, wie der preussische Staat sich aus Grasschaften, Distrikten usw. zusammensetzte“. In Wirklichkeit ist die heute geltende Wahlreifeinteilung einfach so zustande gekommen, daß man bei der Bildung der Wahlkreise die Volkszählung von 1858 zugrunde legte. Allerdings unter möglicher Berücksichtigung der politischen Einteilung der preussischen Monarchie; aber diese möglichste Berücksichtigung kann man ruhig gelten lassen. Eine „organische“ Fortentwicklung wird jedoch nur dadurch geföhrt, daß man von Zeit zu Zeit, der Änderung der Bevölkerungsverhältnisse entsprechend, auf Grund der neuen Volkszählungsergebnisse auch die Wahlreife wieder neu einteilt. Der jetzige Zustand ist durchaus unorganisch.

Die Beamtenvereinigung in Magdeburg nahm in einem bemerkenswerten Beschlusse scharf Stellung gegen die preussische Wahlrechtsvorlage. Allgemein war man der Ansicht, daß auch die,

